

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 88 SONNTAG, 17. Februar 1935

Aus dem Inhalt:

Hitlerfett — das teuerste der Welt
Vertrauensratswahlen — Protestwahlen
Streicher und Salvarsan
Krankenkassen-Skandal in Berlin

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

50 Jahre Zuchthaus

Kampf der Justiz gegen das Recht

Das Oberste Landesgericht in München hat viel Arbeit. Wie aus der Presse hervorgeht, hat es am 5. Februar 36 Männer und Frauen, die im Verdacht standen, in Franken und der Oberpfalz einen geheimen Funktionärsapparat aufgezogen zu haben, zu insgesamt 50 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Welt ist gewohnt, Nachrichten wie diese mit einem bedauernden Achselzucken hinzunehmen. Vielleicht wird sie aber doch ein wenig aufhorchen, wenn sie den folgenden trockenen Zusatz aus Gerichtsberichten zur Kenntnis nimmt: »Der Fortgang des Prozesses wird das Oberste Landesgericht noch auf Wochen hinaus beschäftigen.«

Die 36 Verurteilten, die 50 Jahre Zuchthaus und die 20 Jahre Gefängnis sind also nur ein Anfang. Das gleiche Schicksal, das jene Tapferen erlitten, ist noch hundert anderen zugebracht. Dabei handelt es sich um ein verhältnismäßig kleines Gebiet. Man muß die München-Nürnberg Zahlen mit einer unbekanntenen, nur zu schätzenden Zahl multiplizieren, um zu einer Vorstellung davon zu gelangen, wie es jetzt in Deutschland zugeht.

Deutschlands Zuchthäuser sind heute nicht mit Brandstiftern, Mördern und Dieben angefüllt, von denen die meisten vielmehr frei herumlaufen, sondern mit Männern und Frauen, die früher Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gewesen sind und die im Verdacht stehen, ihrer Sache treu geblieben zu sein. Diese Männer und Frauen sind Träger einer geschichtlichen Tradition und einer Weltanschauung, die einmal in Deutschland maßgebend wirksam gewesen ist und die heute noch einen großen Teil der Welt beherrscht. Sie haben die Idee der geistigen Freiheit und der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit vertreten und auf sie den deutschen Staat aufzubauen versucht. Um dieser Idee willen wirft man sie heute in die Zuchthäuser und die Gefängnisse. Wie es ihnen ergeht, so würde es allen Politikern der zivilisierten Welt ergehen, wenn sie das Unglück hätten, Untertanen des Dritten Reiches zu sein, den englischen Konservativen, den amerikanischen Republikanern und Demokraten, selbst den Angehörigen der rechtsten Rechtsparteien in Frankreich. Denn es ist ja nicht die bestimmte sozialdemokratische Gesinnung allein, die in Deutschland geächtet ist, es ist die freiheitliche Gesinnung überhaupt, mehr noch, jede Art von Gesinnung, die der herrschenden Richtung gegenüber ihre Selbständigkeit zu wahren versucht.

Die in München Verurteilten waren in Franken und der Oberpfalz beheimatet. Das sagt genug. In Nürnberg, der Hauptstadt von Franken, herrscht Julius Streicher, den Hitler eben erst wieder besucht hat, um ihm zu seinem 50. Geburtstag zu gratulieren. Der Name Julius Streicher ist für die ganze Welt ein Programm. Die Verurteilten waren Gegner Streichers, Gegner des Streicherprogramms. Sie haben sich erlaubt — nicht öffentlich, sondern in eng vertrautem Zirkel — eine andere Meinung zu vertreten als die in Franken jetzt landesübliche. Dafür sind sie zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Dafür sollen noch hunderte andere ins Zuchthaus, die im Untersuchungsgefängnis auf ihren Prozeß warten.

Nach diesen einfachen Feststellungen bedarf es kaum noch vieler Worte, um das Verhältnis klarzulegen, in dem die Tätig-

keit des Obersten Landesgerichtes zu den Geboten der Moral und des Rechtes steht. Aber vielleicht ist es nicht so überflüssig, den Nachweis zu führen, daß diese Tätigkeit niemals den Zweck, zu dem sie ausgeübt wird, erreichen kann. Lassen wir die Zahlen sprechen. In den letzten Jahren waren es 7 bis 9 Millionen Männer und Frauen, die sich regelmäßig bei den Wahlen zur Sozialdemokratie bekannten. Von diesen 7 bis 9 Millionen ist nur ein Teil Schwimmholz, der andere ist durch viele Jahre, ja durch Generationen, mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gesinnungsmäßig verbunden. Es ist kein Zufall, daß in den Sozialistenprozessen des Dritten Reiches oft ganze Familien, Brüder, Väter und Söhne, Mütter und Töchter gemeinsam auf der Anklagebank erscheinen. Das kann gar nicht anders sein bei einer Bewegung, die seit Jahrzehnten in Deutschland Boden gefaßt hat und die heute noch Millionen unerschütterlich treue Anhänger zählt.

Was bedeutet es da schon, wenn man ein paar tausend Sozialdemokraten in die Zuchthäuser sperrt? Gewiß, die Summe

von Jammer und Not, die das für die Angehörigen der Verurteilten mit sich bringt, ist nicht zu ermesen! Aber wenn einige tausend Sozialdemokraten eingesperrt sind, so bleiben immer noch Millionen, und unter diesen Millionen werden immer wieder Tausende und aber Tausende freudig bereit sein, dasselbe zu tun, wie ihre Genossen, die im Zuchthaus sind. Sie werden versuchen, miteinander Verbindung zu halten und aus der großen Welt, in der es noch hell ist, etwas Licht in die deutsche Finsternis zu bringen. Und das ist es ja, wofür man heute in Deutschland ins Zuchthaus kommt!

Um das Gewissen der Richter zu erleichtern und das Volk zu beruhigen, pflegen die öffentlichen Ankläger zu sagen, daß die Sozialdemokratie heute nicht mehr dasselbe sei wie einst. Das ist eine Lüge. Die Sozialdemokratie ist heute noch dieselbe wie in jenen Zeiten, in denen deutsche Staatsanwälte Aufträge sozialdemokratischer Vorgesetzter gehorsam auszuführen pflegten. Sie ist noch immer die Partei des ehemaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert und des ehemaligen Reichs-

kanzlers und Abgeordneten von Franken, Hermann Müller. Sie ist noch immer die Partei, die aus den Trümmern des geschlagenen Kaiserreichs einen modernen Kulturstaat schuf mit freien, gleichberechtigten Bürgern und sozialen Arbeiterrechten. Sie ist noch immer die Partei der Freiheit und der Menschlichkeit. Sie ist geblieben, was sie war. Geändert haben sich die deutschen Zustände, und zwar so, daß ihre Stellung zu ihnen keine andere sein kann als die der vollkommensten Ablehnung, der totalen Verneinung. Deutschland von diesen Zuständen zu befreien, so zu befreien, daß von ihnen nichts übrig bleibt, ist ihr heiliges Ziel. Um dieses Zieles willen werden immer wieder Tausende bereit sein, lieber den braunen Zuchthauskittel zu tragen, als das braune Hemd der Sieger von gestern. Der Zuchthauskittel ist jetzt das deutsche Ehrenkleid geworden. Die Zahl derer, die es tragen, beweist, daß der Sinn für Wahrheit und Ehre in Deutschland nicht erstarben ist, daß der Sinn für Recht und Menschenwürde, daß die Hoffnung auf den Sieg der Freiheit — daß die Sozialdemokratie noch lebt.

Korruption,

wohin wir blicken!

Riesenschwindel bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin

In der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, auf die sich die braunen Aasgeler gestürzt haben, ist ein Riesenschwindel geplatzt. Das Rechnungswesen ist völlig durcheinander, Mißwirtschaft und Unterschlagungen sind so ungeheuerlich, daß das System selbst sich zu einer Reinigungsaktion gegen die braunen Parasiten entschließen mußte.

In der zweiten Hälfte des Januar fand ein allgemeiner Betriebsappell der AOK Berlin statt. Der stellvertretende Gauleiter Staatsrat Görllitzer hielt den nationalsozialistischen Angestellten eine drohende Rede. Die Abteilungsvorsteher mußten ihre Abteilung in der großen Abfertigungshalle in der Rungestraße antreten lassen und dem Reichskommissar melden. Dieser meldete dann den Gesamtbetrieb dem mit großem Gefolge erschienenen Pg. Görllitzer.

Görllitzer begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die Durchsetzung der Belegschaft mit 90 Prozent Nationalsozialisten zu besonderen Leistungen verpflichtete. Er sprach weiter davon, daß er persönlich der Auffassung sei,

daß es ein großer Fehler des inzwischen abberufenen Pg. Diewitz gewesen sei, einen so erheblichen Teil der eingesetzten Angestellten zu entlassen.

Sehr interessant war die Mitteilung, daß dies nicht der einzige Vorwurf ist, den die Partei Diewitz und den anderen abberufenen leitenden Angestellten: Dr. Rotter, Dr. Walther und Deutsch macht. Er fügte aber gleich hinzu, daß der Betriebsappell nicht die Stelle sei, um über Einzelheiten zu sprechen. (Wie konnte er auch mitteilen, daß sich die Staatsanwaltschaft für die Herren interessiert, weil sie das Kasernenvermögen für das ihrige hielten!)

G. widersprach den Gerüchten, daß umfangreiche Kündigungen geplant seien, um sofort darauf hinzuweisen, daß, falls

Entlassungen doch erfolgen sollten, die Partei im Rahmen des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms alle Entlassenen unterbringen würde. Er stellte weiter den mit ihrem Gehalt Unzufriedenen anheim, sich in der Privatindustrie besser bezahlte Stellen zu suchen. Den sehr zahlreich vertretenen an Lebensjahren jungen »alten Kämpfern« sagte er,

daß sie nach seiner Meinung nicht dazu berufen seien, als Krankenkassenangestellte zu sterben (Dienstpflicht!).

Hierauf ein Husten und Räusern der Enttäuschten und der allgewaltige G.: »Ich muß um Ruhe und Aufmerksamkeit ersuchen.«

Die weiteren Ausführungen ergaben die Feststellung, daß man die frühere marxistische Kassenverwaltung und die früheren Angestellten für die heute verfahrenen Zustände nicht verantwortlich machen kann.

Herr G. wörtlich: »Wir haben eine saubere Verwaltung übernommen.«

Der letzte Teil der Ausführungen galt dem neuen Reichskommissar, der sich gegenüber den verschiedensten Cliquen nicht durchsetzen kann. G. stellte fest, daß Hoffmeister ein alter Pg. sei und durch das besondere Vertrauen und auf Wunsch des Führers berufen wurde.

In das zum Schluß ausgebrachte »Sieg Heil« stimmten nur wenige der Anwesenden ein.

Wir können zur Ergänzung noch folgendes feststellen: Die Verwaltungskosten haben im Jahre 1931 10,78 Prozent betragen, 1934 dagegen 22,6 Prozent. Neuerdings ist der ganze Vorstand wegen Unterschlagungen verhaftet worden. Der frühere Generaldirektor Diewitz, der seinerzeit die erste NS-Zelle in der AOK gebildet hatte, wurde aus dem Sanatorium heraus verhaftet.

Die Mißwirtschaft in der Krankenkasse ist ungeheuerlich. Es kommt immer wieder

vor, daß die Versicherten einfach zu wenig Krankengeld erhalten. Die Abrechnung für die Arbeitgeber für die Monate November—Dezember ist noch nicht heraus und da die Karteien nicht in Ordnung sind, werden sie überhaupt nicht mehr ordnungsgemäß nachgeholt werden können!

Rosenberg und der Index

Die »Germania« schreibt: »Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg stellt in einem Erlaß fest, daß neuerdings in einzelnen Tagesblättern von der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums in auffälliger Weise Propaganda für Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts« gemacht werde. Auch wird immer wieder in Schulungslagern und Einführungskursen in die NS-Weltanschauung der »Mythus« als ein parteiamtliches Lehrbuch ausgegeben und empfohlen. Demgegenüber betont das erzbischöfliche Ordinariat im Interesse der Klarheit, daß sowohl die maßgebenden amtlichen Stellen wie auch Rosenberg selber das Buch stets als Privatarbeit bezeichnet haben.«

Warum so schüchtern? Warum nicht einfach die Mitteilung, daß Rosenbergs Buch seit langem auf dem Index, auf der Liste der für alle Katholiken verbotenen Bücher steht?

Der bekannte kleine Druck

Aus Hitlerdeutschland wird berichtet: »Das hadische Sondergericht verurteilte einen Angeklagten wegen Einschmuggelns illegaler Schriften in dem bekannten kleinen Druck zu drei Monaten Gefängnis.«

Das ist ein unfreiwilliges Geständnis der Diktatur über die Wirksamkeit unserer Arbeit. Sie hat sich durchgesetzt, sie ist nicht mehr zu unterdrücken! Der »bekannte kleine Druck« wird aller Henkerjustiz zum Trotz bestimmt noch viel bekannter werden!

Danzig und Genf

Eine Herausforderung des Völkerbundes.

K. T. Genf. Anfang Februar.

Hoch oben im Norden ist ein winziger Teil der deutschen Arbeiterbewegung legal erhalten geblieben. In der Freien Stadt Danzig ficht eine Handvoll deutscher Sozialdemokraten einen Kampf auf Leben und Tod mit einem übermächtigen Gegner aus, um einen letzten Rest von Freiheit zu retten. Zwar hat die faschistische Welle nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler auch Danzig erreicht, aber die Danziger Verfassung kann nur mit Zustimmung des Völkerbundes abgeändert werden und die Nationalsozialisten haben im Danziger Volkstag nur eine winzige Mehrheit erreichen können. Auf diese winzige Mehrheit gestützt, versucht der Danziger Nationalsozialismus in ständiger Umgehung oder offener Verletzung der demokratischen Verfassung dem deutschen Vorbild nachzueifern, die oppositionellen Parteien zu zerstören und das ganze öffentliche und private Leben nach dem Muster des Dritten Reichs gleichzuschalten. Gestützt auf die Verfassung, gestützt auf den Schutz des Völkerbundes, setzt sich die Opposition, innerhalb deren die Sozialdemokratie die weitaus führende Rolle hat, zur Wehr.

Der Senat ist nah, Genf ist weit. Zwar sitzt in Danzig ein Hochkommissar des Völkerbundes, der Irländer Lester, aber er selbst hat keine Befugnis zu entscheiden, in allen wichtigeren Fragen muß der Völkerbundrat eingreifen. Nur für Streitigkeiten zwischen der Freien Stadt und Polen ist der Hochkommissar erste Instanz. Das war ja auch die Absicht der ganzen Konstruktion des Versailler Vertrags: Konflikte zwischen Danzig und Polen zu solchen zwischen Danzig und dem Völkerbund zu machen, um das danzig-polnische, das heißt, deutsch-polnische Verhältnis zu entgiften. Deutschland und Polen gelten praktisch als die einzigen Interessenten an Danzig. Für den Fall, daß sie sich nicht einigen können, soll der Völkerbund eingreifen können.

So hat die Wandlung in den deutsch-polnischen Beziehungen die ernstesten und unmittelbaren Rückwirkungen auf Danzig gehabt. Seitdem sich Hitler und Pilsudski im gemeinsamen Drang nach dem Osten gefunden haben, ist das polnische Interesse an Danzig erloschen. Als politisches Druckmittel auf Deutschland fällt es außer Betracht, seine wirtschaftliche Bedeutung für Polens Ausfuhrhandel ist durch den Ausbau des Hafens in Gdingen fast Null geworden. Polens Wünsche finden in Danzig heute freundlichste Aufnahme, der Senat opfert ohne weiteres Positionen, die früher mühsam gegen Polen verteidigt wurden, um dafür die polnische Duldung im Kampf gegen die Opposition einzuhandeln. Auf dem Rücken des Deutschtums in Danzig werden die Machtpläne des Nationalsozialismus verwirklicht.

Der Hochkommissar ist, so scheint es, ein Mann guten Willens, offenbar demokratischer Gesinnung, zumindest ein treuer Wahrer des ihm anvertrauten Gutes, der demokratischen Verfassung. Aber er allein ist hilflos und von Polen erhält er in seinem Bemühen keine Unterstützung. So hat er sich, Hilfe suchend, an den Völkerbundrat gewendet und bei ihm in seinem Bericht über das Jahr 1934 recht unverblümt über die ständigen Verfassungsbrüche der Danziger Regierung und noch mehr über ihre offen verfassungswidrigen Ankündigungen Beschwerde geführt.

Die letzte Ratstagung des Völkerbundes ist zu einem kleinen Tribunal über die Danziger Regierung geworden, deren formeller Chef Greiser mit deutschem Gruß aufmarschierte. Der eigentliche Herr Danzigs, der Gauleiter Forster, blieb natürlich in Deckung. Der Rat hat einen nebensächlichen Anlaß gewählt, um Herrn Greiser seine Meinung zu sagen. Der Wunsch, vor weiteren Verfassungsbrüchen zu warnen, war so groß, daß die Vertagung einer Petition der katholischen Diözese Danzig dazu erhalten mußte, eine längere Debatte über die Danziger Regierungspraxis herbeizuführen, während sonst eine Vertagung in aller Regel kommentarlos vorüberzugehen pflegt. Vor allem der Berichterstatter, der englische Lordsiegelbewahrer Eden, hat die Danziger Regierung in sehr scharfen Worten zurechtgewiesen. Er schloß seinen Bericht mit folgenden Worten: „Ich bitte den Rat, die Erklärung des hohen Kommissars zur Kenntnis zu nehmen, wonach der Senatspräsident die vollständigsten Zusicherungen hinsichtlich der Treue des Senats zu der vom Völkerbund garantierten Verfassung gegeben hat. Der Rat hat

Die Phrase vom verirrten Soldaten

IG-Farben, Frankfurter Zeitung und Schleicher

Die »Frankfurter Zeitung« vom 30. Januar nahm anlässlich des Erscheinens einer von Major Foertsch verfaßten Broschüre »Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat« zum Thema »Wehrmacht und Staat« Stellung: »Das ist in der Tat ein Problem von höchster Bedeutung — oder sagen wir besser: es war ein Problem von höchster Bedeutung, denn das Bezeichnende der kleinen Schrift ist, daß der Verfasser... sie nicht so geschrieben haben könnte, wenn das Problem heute nicht gelöst wäre«. Und der Herr Kircher hätte seinen Artikel auch nicht so geschrieben, »wenn das Problem heute nicht gelöst« und nicht ein neuer Strom zur Kenntnis zu nehmen wäre, mit dem man schwimmen muß. Den englischen Geist des »fair play« hat Herr Kircher in seinen Büchern über England stets nur gelobt, aber nie besessen.

Den Artikel »Wehrmacht und Staat« hat er zugleich benützt, um eine haßerfüllte Polemik gegen den ermordeten General von Schleicher zu richten, so daß man annehmen muß, Herr Kircher ist einer von denen, die es bedauern, daß man einen Menschen nur einmal töten kann und die Gegner Schleichers allmählich anfangen müßten, zu glauben, dieser General war tatsächlich ein sozialistischer General, die Legende also auf Wahrheit beruht.

»Ein General, der aufgehört hatte, ein Soldat zu sein, schwätzt auch Kircher dahin. »Ein Mann, der nichts anderes im Rücken hatte, als den § 48 nebst einigen Wünschen oder Hoffnungen, und der sich auf Abenteuer mit Gregor Strasser und Gewerkschaftsführern eingelassen hatte und am Ende

gar Putschabsichten begte. Der Reichsmordmeister Göring erscheint dem Bewunderer des englischen fair play dafür als der geeignete Kronzeuge.

Die Phrase, »er habe aufgehört ein Soldat zu sein, weil er in die Politik eingriff, würde — nähme man sie ernst! — nicht weniger bedeuten, als daß es in Deutschland niemals Soldaten, sondern immer nur uniformierte Politiker gegeben hat. Hinter dieser schwülstigen Redensart verbirgt sich in Wirklichkeit das nackte Interesse großkapitalistischer Konzerne, die dem Soldaten die Marschroute vorschreiben wollen, statt das Umgekehrte zu erleben. Unpolitisch ist ein Soldat, solange er die Politik der anderen macht, politisch wird er, wenn er versucht, eigene Wege zu gehen, und seine »Soldatenehre« hat er preisgegeben, wenn er sich gar direkt gegen die dirigierenden Wirtschaftsmächte wendet. Schleicher hatte das aus rüstungspolitischen Gründen versucht. Auch die I.G.-Farben, deren Blatt die »F. Z.« und deren eine Schreibmaschine Herr Kircher ist, wurde davon bedroht. Die Schleicherchen Siedlungsbestrebungen waren noch ganz soldatisch, sie versprachen der Exportindustrie verschiedene Vorteile und die I.G. hätte dabei außerdem ein schönes Chemiegeschäft machen können, aber sein Bemühen, durch das Gelsenkirchenaktienpaket die Macht des soldatischen Teils des Staatsapparates über die Wirtschaft, einschließlich der I. G. zu erweitern, das war Preisgabe des Soldatentums! Im Kabinett Schleicher, dem auch ein Vertreter der I.G. angehörte, gab es heftige Kämpfe um die Frage, ob die Gelsenkirchen-

Aktien verstaatlicht oder reprivatisiert werden sollen. Schleicher stand allein mit der Verstaatlichungsabsicht, die zweifellos soldatisch war, ging es doch um eine Mobilisierungsmaßnahme. Die schlechten Soldaten waren die anderen, einschließlich Hitler und Göring. »Gegen Planwirtschaft und Sozialismus in jeder Form«, schrieb Herr Duisberg von der I.G. — und meinte damals vor allem den aktuellen »feldgrauen Sozialismus« und die militante Planwirtschaft. Verging doch keine Woche, in der Schleichers »Tägliche Rundschau« und andere nicht die Verstaatlichung der I.G. forderten. Jetzt werden wir Herrn Kircher verstehen. Einerseits sind die Herrschaften froh, mit Hilfe der Reichswehr die Balance gegenüber den Nazis wiederzufinden, andererseits fürchten sie deren allzugroße Machterweiterung, weil sich die Soldaten wieder vergehen und verirren könnten. Darum ist ein Auge trocken, das andere naß, darum wird die Armee gefeiert und der Geist Schleichers zugleich gehaßt. Noch heute hat gerade die Fraktion des deutschen Monopolkapitalismus, die in Frankfurt ihren Sitz hat, gegenüber Essen zusammen mit der Armee viele weitgehend übereinstimmende Interessen, aber daß nun schon in einer großen Zeitung der Hitler-Jugend zu lesen war: das neue Ideal der Jugend heiße Reichswehr, das ist ihnen nur sehr bedingt sympathisch. Kann dabei nicht der »feldgraue Sozialismus« gewinnen? Selbst vor diesem militären Staatekapitalismus haben sie Angst. Und das ist der seiner Mystik entkleidete Kern der in Deutschland heutzutage üblichen Phrase, daß »er aufgehört habe, ein Soldat zu sein«.

Hitlerdeutsche Streiflichter

Gegen den Berliner Historiker Oncken ist ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. Seine Vorlesungen sind eingestellt. Der Anlaß zu dieser Maßregelung ist gewesen, daß Oncken ein Kolleg über Cromwell gehalten hat. Er soll dabei die folgenden Sätze ausgesprochen haben:

»Ein Jahr nach seinem Tode war alles, was er verkörpert und geschaffen hatte, wieder zerbrochen. Als im Jahre 1661 die Leiche des Königsmörders aus dem Grabe gezerrt und das verwesene Haupt auf dem Schindanger aufgefianzt wurde, erschien dies alles wie ein böser Traum.«

Dem Disziplinarverfahren ist ein wütender Angriff des »Völkischen Beobachters« auf Oncken vorausgegangen. Die nationalsozialistischen Gralshüter des Systems sind sehr reizbar. Sie haben den »bösen Traum« sofort auf ihre Herrschaft bezogen. Sie tobten gegen Oncken, weil ihnen beim Lesen dieses Satzes die Furcht über den Rücken gelaufen ist.

Kardinal Faulhaber hat in München eine sehr bemerkenswerte Predigt gehalten, in der er den folgenden Satz gesprochen hat:

»Wer ein Gesetz gegen die Freiheit der Kirche erläßt, wird exkommuniziert.«

Man erinnert sich, daß Hitler immer noch Katholik ist! Faulhabers Satz beleuchtet wie ein Blitz die ungeheuer gespannte Situation zwischen dem System und der katholischen Kirche. Er ist eine Antwort auf die stillen Vorbereitungen des Systems zu einer neuen antikatholischen Offensive.

Vier Anhänger der verbotenen Vereinigung »Ernste Bibelforscher« in Frankfurt a.

M. wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie zusammengewickelt waren, um in der Bibel zu lesen.

Der sogenannte Volkgerichtshof, das geheime Bluttribunal des Systems, hat am 29. August und 16. Oktober zwei Männer aus Ludwigschafen und Stuttgart zum Tode verurteilt — wegen Landesverrats. Es gehen über diesen Prozeß geheimnisvolle Gerüchte. Beide sollen in Verbindung mit der großen polnischen Spionageaffäre gewesen sein. In diesen Tagen sind beide hingerichtet worden. Warum sie verurteilt wurden, warum sie solange Zeit nach dem Urteil hingerichtet worden sind, darüber erfährt die Öffentlichkeit kein Wort.

Geheim werden auch die Verhandlungen gegen die politischen Gegner des Systems geführt — ganz nach Femeart.

Eine so völlig unkontrollierte Blutjustiz ist ein bequemes Instrument für jeden vom Kabinett befohlenen Mord. Hier ist die Grenze zwischen Richter und Henker völlig verwischt.

Hitler hat sich auf Fürsprache des Exkronprinzen entschlossen, Wilhelm von Doorn im Sommer nach Homburg kommen zu lassen. Es ist erreicht!

»Das heilige Feuer«

Die Große Strafkammer IV des Landgerichts Magdeburg verurteilte den 24jährigen Hitlerjugendführer Hellmuth Asmus wegen Verbrechens gegen die §§ 174 (»Unzucht unter Verletzung eines

Abhängigkeitsverhältnisses«) und 176 StGB. (»Nötigung zur Unzucht, bzw. Unzucht mit Kindern«) zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Asmus hatte in der Verhandlung im wesentlichen zugegeben, daß er sich in sechs Fällen an ihm unterstellten Jugendlichen in schwerster Weise vergangen habe. Die Verhandlung ergab darüber hinaus aber noch weitere Belastungen, so daß der Vorsitzende in der Urteilsbegründung erklärte: Wer in einer solchen Stellung wie Asmus sich an einer derartigen Zahl von Jugendlichen vergehe, verdiene eine besonders hohe Strafe, zumal sich der Angeklagte ja durch die Vorgänge vom 30. Juni 1934 bereits habe gewarnt fühlen müssen. Asmus habe den schwersten Verrat an der Bewegung begangen und das heilige Feuer verunreinigt.

Das »heilige Feuer« ist von vornherein und dem Wesen nach ein sehr unheiliges Feuer gewesen! Wo wäre Hitler ohne die Leute, die so unheilig gebrannt haben!

Ley auf Abbruch

Dr. Ley, der nicht mehr als Führer der Deutschen Arbeitsfront, sondern nur noch als Reichsorganisationsleiter bezeichnet wird, ist nunmehr auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Bank der Deutschen Arbeit abgesetzt worden.

Offiziell wird die Beseitigung Leys von diesem Posten damit begründet, daß er selbst gefordert habe, alle politischen Leiter dürften kein Aufsichtsrats-Mandat inne haben. In Wirklichkeit ist Ley, der am Ende seiner politischen Laufbahn angekommen ist, eben wieder aus einem Amte hinauskomplimentiert worden.

das Recht zu erwarten, daß diese Zusicherungen auch voll und genau eingehalten werden.« Und um die Fierlichkeit dieser Mahnung zu unterstreichen, schloß sich der französische und der spanische Ratsdelegierte den Worten des Berichterstatters noch ausdrücklich an, während der polnische Delegierte selbstverständlich den Danziger Nationalsozialisten sein volles Vertrauen aussprach.

Herr Greiser, der zum erstenmal in Genf war, benützte die Gelegenheit, um eine lange Rede zu halten, in der er sich bemühte, durch die geschickte Handhabung des Genfer Jargons Vertrauen zu erwecken. Höhepunkt dieses geradezu phantastisch scheinheiligen Wortschwalls war eine Beschwerde über — die Opposition, die sich dem »heiligen Grundsatz der Demokratie« (wörtlich!) nicht unterwerfen wolle und der nationalsozialistischen Friedenspolitik Hindernisse in den Weg lege. Diese herausfordernde Scheinheiligkeit des Herrn Greiser scheint ebenso wie die fleißige Anwendung der Worte

»die nationalsozialistische Regierung von Danzig« selbst den ruhigen Herrn Eden so gereizt zu haben, daß er in seinem Schlußwort die bissige Bemerkung nicht unterdrücken konnte, am Ratsstisch heiße Danzig auch fernerhin die »Freie Stadt«.

Das war das demokratische Gesicht, das Herr Greiser in Genf unverschämte und geflissentlich zur Schau trug. Zu Hause sah die Sache etwas anders aus. Die sozialdemokratische »Danziger Volksstimme« erlaubte sich nämlich, einen ausführlichen Bericht über die Genfer Verhandlungen an der Spitze des Blattes zu veröffentlichen, und in einem Kommentar in aller vorsichtigster Weise die Bedeutung der Genfer Mahnung zu unterstreichen. Worauf ihr unverzüglich ein Bescheid des nationalsozialistischen Danziger Polizeipräsidenten ins Haus flatterte, worin ihr Verbot für einen Monat ausgesprochen wurde. Die sehenswerte Begründung dieser echt demokratischen Maßnahme erklärt, die »Danziger Volksstimme« habe durch ihre Veröffentlichung — wohlgedemerk-

durch jene Veröffentlichung, die die Bedeutung der Mahnung des Völkerbundes unterstrich — die Regierung in ihrem Bemühen, zu einem verfassungsmäßigen Ausgleich mit den katholischen Priestern, die von Genf den Schutz der Verfassung verlangt hatten, »bewußt schwer gefährdet«.

Eine bössere Herausforderung des Völkerbundes läßt sich wohl kaum denken. Unmittelbar nach der Mahnung zur Verfassungsmäßigkeit bricht die Danziger Regierung die Verfassung, um jene mundtot zu machen, die der Stimme des Völkerbundes in Danzig Gehör verschaffen wollen. Wenn der Völkerbund nicht dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen will, wird er in Danzig schleunigst einschreiten müssen. Und zwar nicht mit bloßen Worten, sondern mit jener Energie und Rücksichtslosigkeit, die ebenso wie allen anderen Faschisten auch den Danziger Nationalsozialisten allein verständig ist.

Oeffentliche Meinung

Weitere Instruktionen des Propaganda-Ministeriums an die deutsche Presse in der letzten Januar-Woche.

Verboten ist die Veröffentlichung von Meldungen, daß Reichswehr neuerdings aus technischen Gründen auch grüne Uniformen wie Landespolizei trägt. Verboten sind Nachrichten über Räumung alter Mannschaftsunterkünfte in Küstrin. Es wird bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß nach wie vor über die Errichtung neuer militärischer Anlagen — Kasernen usw. — nicht berichtet werden darf.

Ueber Verhaftung des bisherigen Ministerialdirektors Nicolai vom Reichsministerium des Innern und seines Dieners wegen Vergehen gegen § 175, St.-G. B. Nur amtliche Meldung veröffentlichen, falls solche erfolgt. Die Zeitungen werden dringend gebeten, bei Nachrichten über derartige Verhaftungen größte Zurückhaltung zu üben. Veröffentlichung nie ohne Rückfrage beim PM.

Anlässlich der Meldung über verhindertes Auftreten des geflüchteten jüdischen Hetzers Ernst Tollers in Irland, sind vielfach in deutschen Zeitungen Hinweise auf besonders gute Beziehungen zwischen Deutschland und Irland erfolgt. Das ist im Grunde richtig, doch wünscht die Reichsleitung bei der Besonderheit der deutsch-irischen Beziehungen keinerlei unbillige Erörterungen.

Erwünscht sind immer wieder ausführliche Schilderungen der Wehrmachtsstärken der Nachbarn Deutschlands, dazu Vergleiche mit unserer ziffernmäßigen Unterlegenheit. Material in jeglicher Art hierzu beim Wehrministerium abverlangen.

Gerüchte, daß zum ersten April fünfzehnprozentiger Abbau der Beamtgehälter erfolgen soll, auch nicht in Form von Dementis verzeichnen.

Die Vorfälle im Berliner Zentralhaus der Deutschen Arbeitsfront am 24. Januar, bei dem es zu Ausschreitungen gegen einen Abteilungsleiter wegen provozierender Aeußerungen gekommen ist, dürfen keinesfalls als eine „Meuterei“ bezeichnet werden, möglichst nur untergeordnete lokale Bedeutung betonen.

Nachrichten über angebliche Pläne, Gewerkschaften wieder aus der Arbeitsfront herauszunehmen und sie ihr als besondere neue Gewerkschaftsfront anzugliedern, sind nicht zu veröffentlichen.

Die Zeitungen werden dringend ersucht, künftig Nachrichten über Geschenke, die der Führer bewährten Parteigenossen oder hervorragenden Volksgenossen für besondere Verdienste gelegentlich macht, möglichst zu unterlassen. Derartige Nachrichten, auch wenn sie gut gemeint sind, liefern nur der ausländischen Hetzpresse Material.

Das besondere Interesse, das der Führer für den deutschen Film durch häufigen Besuch von Filmvorführungen bekundet, ist im Ausland böswillig entstellt worden und Anlaß zu Lügen über den Führer gewesen. Es wird deshalb angeordnet, daß künftig über derartige Besuche des Führers nur dann berichtet werden darf, wenn amtliche Meldungen hierüber ausgeben werden.

Bei der Berichterstattung über die Beziehungen zwischen Japan und Deutschland sollen sich die deutschen Zeitungen eng an die Informationen des PM halten.

Die Schriftleitungen werden nochmals dringend ersucht, in allen Kommentaren zur Londoner Konferenz größte Zurückhaltung zu beobachten, bis Weisungen für die zweckmäßige Behandlung der Einzelfragen ergehen.

Für die Betrachtung zum 30. Januar wird geeignetes Material vom PM zur Verfügung gehalten.

Das Saargebiet - heute

Man schreibt uns aus Saarbrücken: Der Taumel ist vorüber, der in den Wochen vor der Abstimmung große Menschenmassen durch die Straßen jagte. Saarbrücken gewinnt das Aussehen einer etwas langweiligen, preußisch ausgerichteten Provinzstadt. Zwar hängen noch die Girlanden an den Häusern, die Lampions warten für die Tage der offiziellen Rückgliederung auf neue Erleuchtung, aber ein rauher und kalter Wind fegt über den Silegesschmuck hinweg. Fröstelnd gehen die Saarländer ihres Weges. Sie beginnen in leicht katzenjämmerlicher Stimmung die Resultate ihres Gefühlsrausches rechnerisch durchzudenken: was bringt das »Heim ins Reich« ein?

Käufersturm

Der Erfolg dieser Ueberlegungen ist ein wilder Käufersturm. Man kauft Oele und Fette, Zucker und Kaffee, Zigaretten und Liköre, Kleiderstoffe, Unterwäsche und Nähgarn. Schon ziehen die Preise mächtig an, denen im Reich angeglichen, und die rasenden Hausfrauen teutonischen Geblütes bestürmen vor allem die jüdischen Geschäftslokale. In Saarbrücken und in anderen Städten des Saargebietes mußten in diesen Tagen die jüdischen Kaufhäuser ernsthaft eine stundenlange Schließung ihrer Lokale in Erwägung ziehen, in solchem Tempo werden ihnen die Warenlager geräumt. Sie beginnen sich auf die Geschäftsaufgabe vorzubereiten, soweit sie sich nicht bereits vor der Abstimmung zu diesem Schritt entschlossen. Schon schwebt der Judenboykott über allen Häuption! Was im April 1933 im Reich geschah, will natürlich jetzt das Saargebiet mit doppelter Verve erleben. Die Handwerks- und Kleinhandels-Organisationen haben bereits Boykott-Anträge an den Reichskommissar Bürckel gerichtet. Die guten Saarländer ahnen es und nehmen die letzte Gelegenheit wahr, billig beim Juden zu kaufen, ehe sie die SA von der Ladentüre vertreiben kann.

Flucht vor der Mark

Dabei spielt die Flucht vor der Mark eine große Rolle. Gemäß einer Verordnung der Regierungskommission muß der Umtausch der Franken in Reichsmark ab 18. Februar erfolgen. Damit tritt natürlich die deutsche Devisengesetzgebung in Kraft. Wie helfen sich da die patriotischen Saarländer? Sie legen sich hochwertige Waren, die bis zu diesem Termin der deutschen Steuergesetzgebung nicht unterliegen, in den Keller. Wohlhabende Bürger haben sich französischen Champagner und Cognac edelster Sorten in mächtigen Quanten beschafft und harren auf günstigere Stunden, wo sie im Zeichen des neuen Gemeinnutzes größere Gewinne beim Weiterverkauf erzielen können. Die Banken in den französischen Grenzstädten müssen Ueberstunden einlegen, um die ihnen aus dem Saargebiet zufließenden Frankensummen zu verwalten. Hier werden gewaltige Summen vor dem Zugriff des Herrn Schacht versteckt. Die Folge davon ist eine große Geldknappheit im Saargebiet, die Herrn Bürckel zu ernstlicher Mahnung an Geschäftsleute und an die Bevölkerung veranlaßt hat. Gleichzeitig ist auch eine Tendenz vorhanden, Reichs-

mark in sehr großen Beträgen in Frankreich zu kaufen, wo sie um etwa zwanzig Punkte billiger zu haben ist als im Saargebiet. Damit hat Herr Röchling schon vor Monaten begonnen. Jetzt sieht man in den Straßen Forbachs, der kleinen französischen Grenzstadt, öfters elegante Limousinen aus dem Saargebiet. Ihre Besitzer und Insassen sind bei allen Bankstellen als Markkaufer bekannt. Mit »Heil Hitler« grüßen sie hier freilich nicht.

Französische Sterbehelden

Zu welchen Grotesken diese Zustände führen, dafür ein kleines Exempel, gleichfalls aus Forbach. Hier existiert ein gut eingeführtes Beerdigungs-Institut, das viele Kunden im Saargebiet besitzt. Die Frauen und die Töchter der Inhaber sind nebst Personal seit Wochen Tag und Nacht damit beschäftigt, Sterbehelden aus gutem Nessel auf Grund von Massenbestellungen aus dem Saargebiet zu nähen. Nesselstoff gab es an der Saargrenze im Reich, in Zweibrücken, nur noch halbmeterweise. Da wollten sich die saarländischen Beerdigungsinstitute schnell noch in Frankreich eindecken, ehe der Grenz- und Zollvorhang eisern herabfällt. Viele Saarländer werden also noch für lange Zeit hindurch die letzte Fahrt im neugewonnenen Dritten Reich in französischen Sterbehelden antreten. Möge es ihnen vor dem Richterstuhle Wotans verziehen werden!

An den Zeitungskiosken Saarbrückens drängt sich das Volk. Hungerige Augen lesen knallige Titel und beschauen bunte Bilder. Bisher von der Regierungskommission verbotene braune Literatur kommt nun in mächtigen Wogen angeschwommen. Siehe da — da ist auch Streichers »Stürmer«! Man erfreut sich an den Schmutz- und Hetzartikeln, umrankt von anziehenden Bildern. Fremde Soldaten gehen vorüber, englische Offiziere, mit der Reitpeitsche wippend, langobardisch-hünenhafte Italiener. Ihre Gesichter sind ganz unbeteiligt. Sie denken an die nahe Abreise. Am 16. Februar fahren die Holländer in ihre Heimat zurück, am 18. folgen die Schweden, zwischen dem 20. und 27. räumen Engländer und Italiener ihre Kasernen. Die Saarepiade der Völkerverbündeten ist dann vorbei...

In der Nacht vom 28. zum 1. März sollen SS und SA einrücken. Das, was von ihnen längst getarnt im Saargebiet vorhanden war, putzt Uniform und Montur. Noch einmal gibt es dann etwas Taumel und Rausch mit dröhnendem Stiefelschritt. Am 10. März kommt der »Führer«. Das »befreite« Saarland wird ihm ins Auge schauen, hunderttausend Arme und mehr werden sich ihm entgegenrecken, die Freudentränen vieler Nasinnen werden rollen, aber dann naht der braune Alltag, nüchtern und kalt, ein Würgeengel für die Wirtschaft und für die Freiheit, die die Mehrheit der Saarländer selber preisgegeben hat.

Vor der Schließung der Zollgrenze

Die Hamsterpsychose, von der das ganze Saargebiet aus Furcht vor der Teuerung nach der Rückgliederung und gleichzeitig vor dem Einzug der Mark ergriffen wurde, macht sich

in Frankreich immer stärker bemerkbar. Wer ein französisches Visum besitzt, fährt noch schnell vor dem 16. Februar über die Grenze und kauft im Lande des »Erbfeindese«, was es nur zu kaufen gibt. Neben Textilien werden in besonders starkem Maße Bettfedern aufgekauft. Die kleinen Geschäfte werden nach Oelen und Fetten, Kaffee und Zucker abgegrast. Eine Firma in Marseille, die in normalen Zeiten 300 bis 400 Kilo Pflanzenfett wöchentlich nach dem Saargebiet lieferte, mußte auf Grund stürmischer Bitten ihrer Großbezieher in der vergangenen Woche ihre Lieferungs menge auf 13.000 Kilo erhöhen. Dabei verlangte sie vorherige bare Bezahlung. Die Kaufwut erfaßt in immer stärkerem Maße auch Vieh und Pferde. In der Forbacher Gegend wurden zum Beispiel in den letzten Tagen Dutzende von Pferden durch Saarländer erworben.

Die Dispositionen der französischen Zollbehörden sind jetzt endgültig festgelegt. Am 16. Februar, abends, wird die französisch-saarländische Grenze geschlossen, am 17. Februar findet keinerlei Warenverkehr statt, am 18. Februar beginnt offiziell die deutsche und die französische Zollverwaltung ihre Tätigkeit.

Die Sozialdemokratie des Saargebietes

Zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, der eine Beamter der Regierungskommission und der andere Lehrer, haben in einer öffentlichen Erklärung die Partei als aufgelöst bezeichnet; sie haben ferner alle Funktionäre und Mitglieder aufgefordert, »im Lande zu bleiben und durch Disziplin und Würde, sowie durch neutrales und loyales Verhalten sich die Achtung zu erwerben, auf die auch der Besiegte Anspruch hat.« Die Erklärung schließt: »Der Kampf ist für uns beendet.«

Dieses »für uns« kann nur für die beiden Verfasser der Erklärung gelten, für die der Kampf schon seit einiger Zeit zu Ende ist, weil sie als Beamte gemäß einer Verordnung der Regierungskommission keine politische Tätigkeit mehr ausüben durften. Die beiden beamteten Sozialdemokraten haben sich zu ihrer Erklärung bewegen lassen, weil sie hofften, dadurch einige tausend Saarländer vor dem Elend der Emigration zu bewahren und die »Deutsche Front« von Rachefeldzügen gegen die Sozialdemokraten abzuhalten. Ob sich diese Erwartung erfüllen wird, wenn erst die Regierungskommission und die Völkerverbündeten abgezogen sein werden, muß nach allen Erfahrungen im »dritten« Reich sehr bezweifelt werden. Kennzeichnend ist, daß die »Deutsche Front« zwar die Erklärung der Einstellung des Kampfes entgegengenommen, selbst aber nicht die geringste schriftliche Zusicherung gegeben hat. Nur ein untergeordneter Funktionär der »Deutschen Front« hat die Verhandlungen geführt. Die eigentlichen Führer sind unsichtbar geblieben.

Die Sozialdemokratie des Saargebietes hat niemanden beauftragt, Verhandlungen mit der »Deutschen Front« zu führen. Sie denkt nicht daran, den Kampf gegen das »dritte Reich« einzustellen.

Denunzianten-Nester

Von dem gewaltigen Spitzelapparat und dem feinmaschigen Denunziantennetz, die ganz Deutschland überziehen, hat man im Ausland keine Ahnung. Sie verbergen sich den oberflächlichen Blicken, fangen aber mit unheimlicher Sicherheit täglich ihre beklagenswerten Opfer ein. So würde eben in diesen Tagen berichtet, daß in Köln ein Arbeiter zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, weil er in einem Brief an Verwandte im Ausland angeblich unwahre Schilderungen über die Zustände im Dritten Reich gegeben habe. Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß der Brief von der Devisen-Ueberwachungsstelle geöffnet und an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden war. In einem geordneten Staatswesen kümmern sich die Devisen-Ueberwachungsstellen nur darum, ob ins Ausland gehende Briefe Devisen oder Wertpapiere enthalten. In Deutschland aber sind die Devisen-Ueberwachungsbehörden zuerst Denunzianten-Nester, die den schriftlichen Inhalt zu kontrollieren und, wenn er den Diktatoren nicht gefällt, an die Polizei, bezw. Staatsanwaltschaft zu leiten haben.

Der neue Kölner Fall ist durchaus kein Einzelfall. In den zwei Jahren, die das Dritte Reich jetzt besteht, sind schon einige hundert Fälle gleicher Art zur Aburteilung ge-

kommen. Viele dutzende Jahre wurden an Gefängnisstrafen über Personen verhängt, deren einzige Schuld darin besteht, daß sie ihren Angehörigen im Auslande über ihre wirkliche Lage geschrieben haben.

Was von den sogenannten Devisen-Ueberwachungsstellen gilt, trifft auch auf die Zollbehörden an den Grenzen zu. Den Zollämtern sind besondere Beamte beigegeben, deren Aufgabe nicht darin besteht, nach zollpflichtigem Gut zu fahnden, sondern danach, ob in den für das Ausland bestimmten Sendungen nicht doch irgend etwas verpackt ist, was dem »Ansehene« des Dritten Reiches Abbruch tun könnte.

Diese Spitzel in den Zollämtern haben schon manchem Nazi-Staatsanwalt Material für Anklagen geliefert.

Die Ausländer dürfen sich demnach nicht wundern, wenn in den Briefen aus Deutschland sehr oft keine oder nur spärliche Angaben über die deutsche Wirklichkeit enthalten sind. Jede in Deutschland befindliche Person riskiert, von der Devisen-Ueberwachungsstelle oder auch vom Zollamt der faschistischen Justiz ausgeliefert zu werden.

Neben diesen amtlichen Denunzianten-Nestern spinnen im Reich noch eine große Anzahl parteiamtlicher Denunziantenstellen ihre Fäden. So sei darauf verwiesen, daß die nationalsozialistischen Betriebszellen in den Restaurants und Kaf-

fehhäusern die Pflicht haben, auf die Gespräche der Gäste zu achten und der Polizei sofort Mitteilung zu machen, wenn in politischen Gesprächen etwa abfällige Bemerkungen über die Regierung gemacht werden.

Auch die Wohnparteien in allen Häusern unterstehen ebenfalls einer ununterbrochenen strengen Ueberwachung der nationalsozialistischen Blockwarte. Diese Blockwarte müssen regelmäßig alle vierzehn Tage einen Bericht über die Mieter an ihre vorgesetzte Stelle einreichen. In dem Bericht ist besonders zu vermerken, ob sich die Mieter an den Parteiversammlungen beteiligen, wer von den Mietern politisch verdächtig ist, was für Besuche der Mieter empfängt und ob er auffällige Briefsendungen erhält.

Es handelt sich also um ein feinorganisiertes Spitzelsystem, dem sich heute die Bewohner des nationalsozialistischen Deutschland nur unter größter Vorsicht entziehen können.

Wenn sich trotz dieser massenhaften Denunzianten-Nester und trotz der schweren Strafen, die über ihre Opfer verhängt werden, dennoch unzählige tausende Männer und Frauen finden, die den illegalen Kampf gegen die faschistische Diktatur nicht scheuen, so ist der unerschrockene Einsatz der persönlichen Freiheit, der Gesundheit und des Lebens dieser Männer und Frauen nur um so höher zu bewerten.

Hitlerfett - das teuerste Fett der Welt

Wie das System das Volk ausplündert und aushungert

Die braune Regierungskunst hat sich jeder öffentlichen Kontrolle entzogen. Eine Durchleuchtung des Wahnsinns und des Verbrechens dieser Regierung würde in jedem Parlament zu einer Explosion der Empörung, zur sofortigen Entfernung der Schuldigen führen. Die braunen Regierer verlassen sich auf die politische Kirchhofsruhe in Deutschland, sie bauen darauf, daß das Volk nicht versteht, was hinter ihren verschachtelten Maßnahmen — namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete — steckt.

Mit besonderer Dreistigkeit betreibt der Darré die Ausplünderung und Aushungerung des Volkes. Seine Experimente auf dem Gebiete der Fettwirtschaft gehören zu den dreistesten Streichen der korruptionistischen Interessenpolitik unter der Firma Hitler. Man muß dies Gefüge von konsequenten Verbrechen durchleuchten, um den Raubcharakter des Systems zu verstehen.

Die nationalsozialistische Fettwirtschaft begann mit Hugenberg. Die Butterpreise und damit die Rentabilität der gesamten Milchwirtschaft sollten gesteigert werden. Die Hochhaltung der Milch-, Butter- und Käsepreise, die der bäuerlichen Veredelungswirtschaft zugute kommen sollten, erlaubten gleichzeitig die Preise der Futtermittel hochzutreiben und so dem Großgrundbesitz zu nützen, an den der Bauer, der Futtermittel kaufen mußte, einen Teil des Gewinns so wieder abzugeben hatte. Der Konsument mußte das alles zahlen, denn um den Konsumenten braucht sich die Diktatur nicht zu kümmern. Um den Butterabsatz trotz der gestiegenen Preise zu erzwingen, wurde die Margarineproduktion gedrosselt und durch die Margarinesteuer der Preis zum Teil bis auf das Dreifache des früheren Standes hinaufgetrieben. Der Butterpreis stieg von 85 RM im März auf 126 im Sommer 1933.

Darré, der Hugenberg folgte, gestaltete den Fettplan noch weiter aus. Im Sommer 1934 wurde der Schweineauftrieb stärker und der Schweinepreis geriet ins Rutschen. Die Heeresverwaltung half, indem sie das Schweinefleisch in beträchtlichen Quantitäten aus dem Markt nahm und, zu Konserven verarbeitet, ihren Vorräten einverleibte. Aber auch Darré blieb nicht müßig. Das Fleisch sollte nicht billiger werden. Also mußte das Angebot an Fleisch vermindert werden; dazu war wieder nötig, die deutsche Schweinezucht umzustellen: die Bauern sollten nicht mehr das Fleischschwein, dessen Zucht infolge der wachsenden Abneigung des Konsums gegen fettes Fleisch immer mehr zugenommen hatte, sondern das fette Dreizentnerschwein züchten, dessen Fettgehalt bei etwa 40 Prozent gegenüber 20 Prozent im normalen Schwein liegt, wovon nur etwa 7,5 Prozent gewöhnlich als Schmalz anfallen, während der Rest aus Speck und fettem Fleisch besteht.

Um diese Umstellung sicher zu erreichen, verließ man sich nicht allein auf die Propaganda des Reichsnährstandes. Man mußte für das Fettschwein einen entsprechend höheren Preis erhoffen. Denn der Zentner Lebendgewicht erfordert beim Fettschwein einen größeren Futtermittelverbrauch als beim Fleischschwein. Das konnte man erzielen, wenn man den Schmalzpreis gehörig in die Höhe trieb — und, was der Hugenberg bei der Butter konnte, das konnte der Darré beim Schmalz erst recht, zunächst wurde die Einfuhr des ausländischen Schweinefettes exorbitant verteuert und stark zurückgedrängt. Denn der sozialdemokratische Widerstand, der im fluchwürdigen System alle Anschläge der Agrarier gerade auf diesem für die

Massenernährung so wichtigem Gebiet verweigert hatte, war ja durch die Diktatur gebrochen. Der Schmalzoll wurde von 10 RM je Doppelzentner auf 100 RM, auf das Doppelte des Einfuhrwertes, erhöht. Der Erfolg war folgender: Die Eigenproduktion an Schmalz betrug 1932 etwa 130.000 Tonnen; 1934 etwa 130.000 bis 140.000 Tonnen. Die Schmalzeinfuhr ging von 110.000 Tonnen im Jahre 1932 auf zirka 40.000 Tonnen im Jahre 1934 zurück. Der Kleinhandelspreis des Inlandsschmalzes, der im Januar 1933 noch 160 RM je Doppelzentner betragen hatte, war bis Dezember auf 220 RM gestiegen und wurde auf diesem Niveau während des ganzen Jahres 1934 festgehalten. Ausländisches (amerikanisches) Schmalz kostete in Berlin im Jahre 1932 im Kleinhandel 91 RM, stieg von Januar bis Dezember 1933 von 108 auf 169 RM, kostete 200 RM im September 1934 und 192 RM im Dezember. Im Dezember 1933 notierte dasselbe Schmalz, das verzollt in Berlin 169 RM kostete, in New York 32,8 RM — ein Fünftel des Berliner Preises!

Die Folge dieser infamen Preistreiber der Hitlerdiktatur war nun der beständige Rückgang des Schmalzkonsums. Er sank von 240.000 Tonnen im Jahre 1932 auf 170.000 bis 180.000 im Jahre 1934, also fast auf die Hälfte.

Jedoch das Schmalz, das man durch die Umstellung auf die Fettschweinezucht neu gewann, mußte doch abgesetzt werden? Da wurde das Neutral-Lard erfunden. Lard heißt Fett und als neutral wird es bezeichnet, weil es geruch- und geschmackfrei ist. Es handelt sich um eine neue Methode der Fettgewinnung durch ein chemisches Extraktionsverfahren. Die Margarineindustrie wurde nun durch das beliebte Mittel des Beimischungszwanges genötigt, dieses Neutral-Lard zu 15 Prozent des Gesamtfettgehaltes der Margarine zuzusetzen anstelle der bisher verwandten Auslandsrohstoffe. Die Neutral-Lardgewinnung wurde rasch ausgedehnt. Zunächst wurden nur die reinen Fettsäuren (Mieker, Liesen) des Schweins, die sonst vom Fleischer selbst verarbeitet oder durch besondere Schmalziedereien aufgekaut werden, später aber auch die Speckseiten und schließlich ganze Schweine dem neuen Verfahren unterzogen. Die Schinken und Kotelettstücke wurden dem Fleischmarkt zugeführt, das übrige Schwein einerseits zu Fett, andererseits zu Fleischmehl verarbeitet.

Die exorbitante Schmalzpreissteigerung tat ihre Wirkung. Der Anteil des Fettschweins gegenüber den Fleischschweinen stieg während des Jahres 1934 zeitweise auf über 50 Prozent gegenüber 14 Prozent im Jahre 1932. Zugleich wurde den Neutral-Lardfabriken ein Abnahmepreis für die Fettschweine vorgeschrieben, der dieser Klasse einen festen günstigen Erlös unabhängig von den Preisschwankungen für die übrigen Schweineklassen sicherte.

Was kostet nun die Schweinerei und wer bezahlt sie? Nun zunächst der deutsche Konsument, der das Drei- bis Fünffache des Weltmarktpreises für das deutsche Schweineschmalz zahlen muß. Die Mehrbelastung kann je nach der Höhe der schwankenden amerikanischen Preise auf 200 bis 300 Millionen Mark im Jahre berechnet werden.

Aber das ist nicht alles. Leider lassen sich die anderen Kosten nicht genau feststellen. Denn wie der Schacht, so hat auch der Darré seine Geheimnisse und das aus triftigen Gründen, wie wir noch sehen werden.

Zunächst sind zwanzig Fabriken für die Gewinnung des Neutral-Lards neu errichtet worden. Der Gesteigungspreis für Neutral-Lard beträgt nun mindestens 260 bis 270 RM für den Doppelzentner (gegenüber 45 bis 65 RM für Schweineschmalz in New York und 108 RM für beste dänische Butter in Kopenhagen!) Dieses teuerste Fett der Welt mußte nun die Margarineindustrie par ordre du Darré als Rohstoff benutzen, während ihre normalen Rohstoffe einen Bruchteil davon kosten; Erdnußöl z. B. 32 RM, Kokosöl 22,4, Waltran 13,6 RM pro 100 Kilo. Die Beimischung auch nur von 10 Prozent des Neutral-Lards bedeutet also für die Margarineindustrie bereits eine Verdoppelung der Rohstoffkosten! Und sie mußte zuletzt 15 Prozent beimischen! Es handelt sich um zirka 400.000 Doppelzentner, die vom November 1933 bis Oktober 1934 beigemischt wurden. Kostenpunkt

etwa 70 Millionen RM. Wer hat diese Kosten getragen? Die Margarineindustrie gewiß nicht! Also hat der Ernährungsminister Darré die Sache aus Steuermitteln finanziert. Die Mittel dazu nahm er aus der Fettsteuer, bei deren Einführung die Nationalsozialisten verkündet haben, daß sie ausschließlich zur Verbilligung des Fettbezugs für die Minderbemittelten dienen soll! Außerdem wurde der Margarinepreis erhöht! Vor der Diktatur kostete die Konsummargarine etwa 25 Pf. je Pfund im Einzelhandel; der größte Teil der Produktion wurde zu diesem Preis abgesetzt. Nach der Drosselung der Produktion wurden die Preise fortwährend erhöht. Das Tollste ist aber, daß, als der Beimischungszwang an Neutral-Lard im Sommer 1934 von 12½ auf 15 Prozent erhöht wurde, eine Beschränkung des Bezugsrechts der Minderbemittelten auf die steuerfreie Margarine zu 38 Pf. von 1½ auf 1 Pfund herabgesetzt wurde. Welche Schamlosigkeit des Darré, die Aermsten der Armen zu den Kosten seiner Experimente auch noch heranzuziehen!

Die Steigerung des Fettpreises, die Vernichtung eines Teiles der Schweine durch ihre Verarbeitung zu Neutral-Lard, die Verminderung des Auftriebes der Fleischschweine hat schließlich auch eine Steigerung des Preises der Fleischschweine um 25 Prozent gegen 1932 bewirkt, trotz der vermehrten Abschachtungen infolge der verschlechterten Futtermittelernte.

Aber eben der schlechte Ernteausfall hat jetzt dem ganzen kostspieligen Experiment ein wenigstens vorläufiges Ende gesetzt. Die Futtermittel fehlen! Man mußte also ausländische Futtergerste für die Fettschweine und ihre Umwandlung in das kostspielige Neutral-Lard einführen und das kostet verflucht viel Devisen. Die hat-Schacht nicht. Also muß man die verückte teure inländische Fetterzeugung, die Umwandlung des Fetts in Neutral-Lard, des Neutral-Lards in Margarine abstoppen.

Man hat der Margarineindustrie gestatten müssen, Waltran aus Norwegen einzuführen und hat die Neutral-Lardfabrikation eingestellt.

Die zwanzig neuen Fabriken liegen still. Sie müssen entschädigt werden. Der Darré zahlt fürs Fabrizieren und er zahlt fürs Nichtfabrizieren. Der deutsche Konsument und Steuerzahler hats ja dazu.

Darré kann um so leichter auf seine Neutral-Lard-Erfindung verzichten, als ja der gesegnete schlechte Ernteausfall zugleich für die Hochhaltung der Futtermittelpreise als der Schweinepreise gesorgt hat, da die Bauern infolge der Futtermittelknappheit die Aufzucht verringert und im Frühjahr mit einer Verminderung des Schweineauftriebs zu rechnen ist...

Nun betrachte man nochmals diesen ganzen Wahnsinn! Da ist ein gutes, bekömmliches, für den Konsum fertiges Fett — das Schmalz. Es wird durch Einfuhrdrosselung und »Marktregelung« so verteuert, daß der Konsum um ein Viertel zurückgeht. Jetzt unterwirft man das um das Drei- bis Fünffache künstlich verteuerte konsumreife, für den Verbrauch fertige Produkt einem neuen, extra erfundenen Produktionsprozeß, um es in einen neuen Rohstoff zu verwandeln, in einen Rohstoff für Margarine, ein Fett, das sicher kaum wesentliche Vorzüge vor frischem Schweineschmalz besitzt. Das Schweineschmalz, das unverzollt vielleicht höchstens 60 bis 70 RM kosten würde, ist jetzt in Neutral-Lard verwandelt, das 270 RM kostet, um als Ersatz für Waltran und Erdnußöl zu dienen, die 13,6, resp. 32 RM kosten! Und das alles bezahlt der Darré aus der Fettsteuer zur »Verbilligung des Fettbezugs für die Minderbemittelten! Und dann kommt eine schlechte Ernte und setzt den ganzen Betrieb still, weil ja der Zweck der hohen Futtermittel-, Fett- und Fleischpreise nun glücklich bis zur nächsten Ernte gesichert ist. Wird die aber gut, dann kann der Darré das Spiel aufs neue beginnen. Denn dem deutschen Volke bleibt nur die Wahl zwischen der Teuerung aus Gottes oder aus Hitlers Hand!

Dr. Richard Kern.

Die Preise hoch, die Löhne herunter

Die Jahresbilanz des Dritten Reiches

Das erste Jahreshaft der Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik«, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, enthält eine Art Jahresbilanz des Dritten Reiches. Es ist fast ausschließlich dem »Auftrieb der deutschen Wirtschaft im Jahre 1934« gewidmet. Das Heft enthält auch ein Kapitel »Die Tariflöhne im Jahre 1934«. Darin steht das folgende bemerkenswerte Geständnis: »Gegenüber dem Stande des Jahres 1933 ergibt sich so gut wie keine Veränderung, während sich im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1933 für sämtliche erfaßten Arbeitergruppen die Tariflohnsätze um 3,2 v. H. gesenkt haben.«

Die Tariflöhne waren also im »Aufschwung« des Dritten Reiches niedriger als z. Zt. des schlimmsten Tiefstandes der Produktion. Der Befehl des Führers, daß der Stand der Löhne erhalten bleiben muß, ist also nicht befolgt worden. Für diese Tatsache hat das statistische Reichsamt eine merkwürdige Rechtfertigung zur Hand. Sie lautet:

»Allerdings verringerten sich die Lebenshaltungskosten von 1932 bis 1933 ebenfalls um 2,2 v. H.«

Die Verbilligung der Lebenshaltung war also hinter der Senkung der Tariflöhne zurückgeblieben. Abgesehen davon: Wenn man die Senkung der Löhne von 1933 mit der gleichzeitigen Senkung der Lebenshaltungskosten rechtfertigt, müßte man logischer Weise die Nichterhöhung der Löhne von 1934, die von einer sehr starken Verteuerung der Lebensmittel begleitet war, verurteilen. Tatsächlich ist aber die Bemerkung über die Verbilligung der Lebenshaltung, die im ersten Jahre des Dritten Reiches eingetreten sein soll, völlig in die Irre führend und ganz offenbar nur zu dem Zwecke vorgebracht, um zu verschleiern, daß die zwei Jahre Drittes Reich den deutschen Arbeitern nicht nur eine Senkung ihrer Geldlöhne, sondern eine noch schärfere Senkung der Reallohne beschert haben. Will man untersuchen, wie sich die Reallohne im Dritten Reich gestaltet haben, so darf man nicht, wie das Statistische Reichsamt, den Durchschnitt von 1933 mit dem Durchschnitt von 1932 vergleichen, weil im Jahre 1932 unter dem doppelten Druck einer beispiellos schweren Agrarkrise und einer starken Drosselung des

Masseneinkommens ein starker Fall der Lebensmittelpreise erfolgt war. Nach der Feststellung des Statistischen Reichsamtes (Wirtschaft und Statistik, 1. Februarheft 1933) waren in der Zeit vom Januar 1932 bis Januar 1933 die Preise gesunken für Brot und Mehl um 11, Reis um 10, Speisebohnen um 16, Fleisch usw. um 5, Vollmilch um 6, Butter um 7, Margarine um 9 Prozent. Hitler hat also das Erbe niedriger Lebensmittelpreise von seinen Vorgängern übernommen, aber er hat dieses Erbe schlecht verwaltet. Ende Dezember 1932 stand der Index der Lebenshaltungskosten auf 113,8, im Dezember 1933 auf 120,6. Besser als in diesen zweifelhaften Indexziffern kommt die wirkliche Teuerung in den Einzelhandelspreisen zum Ausdruck. In der Zeit von Hitlers Thronbesteigung bis zum Ende des zweiten Jahres Drittes Reich sind gerade die Güter des Massenverbrauches am stärksten verteuert worden. Es kosteten nach »Wirtschaft und Statistik« je Kilo in Reichspfennigen in Berlin:

	25. Jan. 1933	19. Dez. 1934
Gelbe Erbsen . . .	43	87
Zucker	70	74
Kartoffeln	6	8
Rindfleisch	140	151
Speck	181	226
Molkereibutter	241	310

Also: die Preise in die Höhe, die Löhne herunter! Bei diesem System muß selbstverständlich der Massenverbrauch zurückgehen. Das kann auch vom Statistischen Reichsamt nicht geleugnet werden. Es stellt fest, daß die Gesamtumsätze des Einzelhandels in der Zeit vom Januar bis Oktober 1934 nur um 3,5 Prozent höher waren als 1932. Die Preissteigerung war aber in dieser Zeit weit stärker als die Zunahme der Geldumsätze. Die Einzelhändler hatten zwar mehr Geld eingenommen, aber weniger Ware abgesetzt als 1932. Die Umsätze des Einzelhandels mit Lebensmitteln waren 1934 auch in Geld gerechnet sogar »nur wenig höher als 1932« und hatten »den Stand von 1932 noch nicht wieder erreicht«. Für die Rüstungsindustrie schließt die Bilanz für das Jahr 1934 mit einem Aktivsaldo ab, für die Arbeiter aber mit einem Passivsaldo. Die Lebenshaltung der Massen war im gesegneten Jahre des »Aufschwungs« niedriger als selbst im Jahre der schwersten Krise.

Alliance Française

101, Bvd. Raspail, Paris (VIe)

Die praktische Schule für die französische Sprache

Direktor: Robert Dupouey

Frühlings-Kurse für die vollständige Erlernung der französischen Sprache: Eröffnung am 1. März.

Jede Woche:

16 Stunden mindestens praktischer Unterricht (Übungen in der Uebersetzung aus dem Deutschen ins Französische)

17 Vorträge

1 Führung durch Paris

Der Kursbeitrag beträgt monatlich 195 Francs, für 4 Monate (März bis Juni) 500 Francs.

Karten nur für die Vorträge: Preis 80 Francs für einen Monat.

Gegen eine Leichenschändung

Carl Schurz — Verteidiger der Freiheit und Schützer der Menschenrechte

Die in den Vereinigten Staaten lebenden Verwandten und persönlichen Freunde von Carl Schurz verwahren sich in öffentlicher Erklärung gegen den Mißbrauch, der im »Dritten Reich« mit dem Namen des deutschen Freiheitskämpfers und amerikanischen Staatsmannes getrieben wird. Die »Vereinigung Carl Schurz«, unter deren Taufpaten sich 1926 Männer und Frauen der Linken, wie Reichstagspräsident Löbe, Reichskanzler a. D. Wirth und die Abgeordneten Sollmann, Kurt Heinig und Toni Pfülf befinden, lebt in Berlin gleichgeschaltet weiter, und von Amerika aus unterstützt eine »Carl-Schurz-Stiftung« nach wie vor deutsche Universitäten, obwohl sie aus Stätten freier Forschung Tummelplätze eines finsternen Fanatismus geworden sind. Mit beidem soll den zahllosen Amerikanern, für die der Name Carl Schurz Symbolkraft hat, brauner Sand in die Augen gestreut werden.

In der Tat ist es eine der ungeheuerlichsten Ungeheuerlichkeiten, daß Hitler-Deutschland das Andenken an jenen Achtundvierziger als ein Aushängeschild benutzt, denn in jeder Faser seines Wesens war Schurz der Todfeind eines hündischen Despotismus, wie er heute Deutschland entehrt und zertrampelt. Lebte er 1935 in dem Lande des Hakenkreuzes, sein Platz wäre, falls man ihn nicht längst im Columbia-Haus zu Tode geprügelt oder auf der Flucht erschossen hätte, das Konzentrationslager oder das Zuchthaus. Der junge Rheinländer, der an die Ueberlieferung der französischen Revolution anknüpfte und mit der ganzen Glut einer begeisterungsfähigen Seele für die großen Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entflammte, gehört zu den anziehendsten, den ungebrochensten, den reinsten Gestalten der deutschen Demokratie. Anno 48 und 49 war er etwas wie ein deutscher Jakobiner, da er die ganze unverfälschte und unverwässerte Demokratie, die mit Kronen, Thronen und Drohnen ewig unvereinbare, wollte und kühnen Herzens die Losung der deutschen Republik ausgab. Ohne Sozialist zu sein, erkannte er auch den sozialen Inhalt der Revolution, da er in den sogenannten Märzrevolutionen, selbst in einer republikanischen Verfassung, nur Mittel zum Zweck sah; »das eigentliche Resultat der Revolution«, schrieb er, »kann nur eine materielle Besserung der Verhältnisse sein«; Ziel aller freiheitlichen Bestrebungen dünkte ihn »die Wohlfahrt der Völker«. Wie der zwanzigjährige Bonner Student für seine Ideale das Leben in die Schanze schlug, wie er angesichts der heranrollenden Gegenrevolution die Rheinlande zum bewaffneten Widerstand fortzureißen suchte, wie er in der badischen Reichsverfassungskampagne im Feuer stand, wie er, mit der Revolutionsarmee in Rastatt eingeschlossen, nur durch eine abenteuerliche, zum Teil unterirdische Flucht dem Standrecht peloton entging, wie er im nächsten Jahr nach Deutschland zurückkehrte, um seinen Freund und Lehrer, den Dichter Gottfried Kinkel, aus dem Spandauer Zuchthaus zu befreien — all das ist ein beredtes Kapitel aus dem Heldenepos der Farben Schwarz-rot-gold. Was Schurz bewog, in den Vereinigten Staaten eine zweite Heimat zu suchen und zu finden, drückte er 1852 in einem Briefe aus: »Wenn ich nicht der Bürger eines freien Deutschland sein kann, so möchte ich wenigstens der Bürger des freien Amerika sein«, aber auch in der Neuen Welt beobachtete er die Entwicklung der alten Heimat mit offenen und unbestechlichen Augen und schloß nicht, wie manch anderer alter Achtundvierziger, innerlich Frieden mit dem, was die Jahre 1866 und 1870/71 brachten. Wohl unterhielt er sich bei einem Besuch in Deutschland 1868 anregt und freundschaftlich mit Bismarck, aber er machte auch später nie ein Hehl daraus, welche Gefühle tiefster Abneigung ihm die politische Philosophie und die politischen Methoden des »eisernen Kanzlers« einflößten, und daß er das bismarckische Reich nur hinnahm, weil es ihm weitere Entwicklungen zu versprechen schien, »die den Idealen von 1848 viel

näher kommen werden, als die jetzigen politischen Institutionen es tun«.

Wenn in seinem zweiten Vaterland USA eine ungewöhnlich glänzende Laufbahn seiner harrte, da er Gesandter in Madrid, während des Bürgerkriegs General, von 1869 bis 1875 Senator und von 1877 bis 1881 Staatssekretär des Innern war, so wich er, dem Politik stets Sache eines Prinzips und Anwendung eines Ethos bedeutete, auch hier um keinen Finger breit von seinen Grundsätzen ab. Nie verlor er trotz mancher Enttäuschungen den Glauben an die Demokratie, die ihm nichts Formales, sondern Lebensinhalt des Staates und des Individuums war; mit Recht steht auf dem Sockel seines Denkmals im Morningside-Park von New York »Defender of Liberty and Friend of Human Rights«, denn als »Verteidiger der Freiheit und Schützer des Menschenrechts«

auf und lenkte die Aufmerksamkeit auf die unvergeßlichen Dienste, die jener »der Indianer- und Negerrasse geleistet« habe:

»Sein Herz floß vor Anteilnahme für die beiden am ungünstigsten gestellten Rassen in Amerika über, weil er selbst erfahren hatte, was es bedeutet, unterdrückt zu werden und im Kampf für die Freiheit gegen große Vorurteile zu stehen... Weil Carl Schurz gelebt hat, sind die Deutschen in Amerika größer und stärker. Weil er gelebt hat, ist meine Rasse reicher, vertrauender und ermutigter geworden. Die Indianerrasse und meine Rasse sind stolz, daß sie den Vorzug hatten, einen so großen Mann wie Carl Schurz ihren Freund nennen zu dürfen.«

In der Tat empfand dieser Enkel und Enkelenskel rheinischer Bauern, der deutsch in jedem Blutstropfen war, nur Ekel vor Rassenschwindel und Rassendünkel; er kannte keine höher und tiefer stehenden, sondern nur unterdrückende

punkt des alten Massenheeres sind sie es nicht, vielmehr sind sie in mancher Hinsicht dessen klassischster Ausdruck, in erster Linie was die negativen Seiten betrifft.

Der entscheidende Fehler liegt darin, daß man sich nicht klar ist über den Begriff »Massenheer«. Seeckt denkt gar nicht daran, allein mit den 200.000 Reichwehrsoldaten, die er in seiner Schrift — selbst bei voller Rüstungsfreiheit — für ausreichend erklärt, einen modernen Krieg zu führen. Wer den Seecktschen Kaderheergeanken in dieser Weise dem Massenheerprinzip gegenüberstellt, hat diesen General nie verstanden.

»Massenheer« ist ein unbestimmter Begriff! »Massen« sind in der Reichswehr, »Massen« sind im Arbeitsdienst, »Massen« werden auch in Zukunft noch schlachtenentscheidend sein. Aber darum geht es doch nicht. Am Weltkrieg mit seinen Massen muß gemessen werden. Nur in Bezug auf dieses große Geschehen ist für Seeckt, dessen Auffassungen sich mit jenen der jungamerikanischen und jungenglischen Schule berühren und in der modernen Militärtheorie als die »deutsche Schule« (Rocco Moretta) bezeichnet werden, die Masse nicht mehr schlachtenentscheidend. Die Massen sind heutzutage Bombenfutter, hindern einander in der Bewegung, können nicht schlagkräftig genug operieren und erzwingen so den statischen Grabenkrieg, der stumpfsinniges Dahinmorden ohne Sieger und Besiegte bedeutet.

Wird die unmittelbare an der Front kämpfende Truppe auch kleiner, so wachsen doch zugleich die militärischen Funktionen der Gesamtbevölkerung. Ist auch das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht für Seeckt überholt, so ist doch die allgemeine Dienstpflicht für ihn eine Selbstverständlichkeit. Generalleutnant Horst v. Metzsch drückt das so aus:

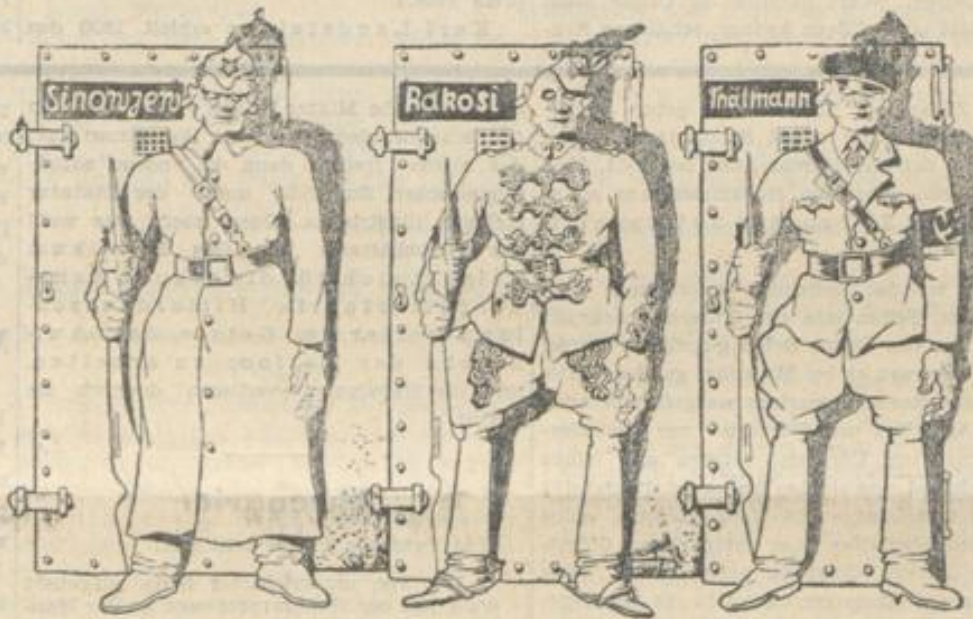
»Die allgemeine Wehrpflicht in der Vorkriegsform ist tot. Unsterblich ist nur der Scharnhorstgedanke, daß jeder Deutsche zum Vaterlandsverteidiger geboren ist, also der Krieg jeden Deutschen irgendwie in Pflicht nehmen wird. Mit Arbeit oder Waffe, aber nicht alle wehrfähigen Millionen mit der Waffe. Die sittliche Wehrpflicht bleibt bestehen. Aber die Anforderungen an die wehrpolitische Gliederung des Volkes haben sich gewandelt. Aus breiter Ideengemeinschaft, also aus einem ideellen Massenaufgebot, muß eine kämpferische Auslese hervorgehen, die den größten Erfolg mit kleinstem Einsatz sucht. Das Ganze muß von dem Stoßtruppedanken durchdrungen sein. Das gilt zur Erde wie zur Luft. Das gilt auch für jeden zahlenmäßigen Umfang des Heeres. Das organisatorische Ziel heißt nicht: Bombenfutter, sondern: soldatische Kernkraft. Jeder andere, dem Massenprinzip von gestern entlehnte organisatorische Leitgedanke wird enttäuschend. (Arbeit und Waffe als Grundlage der Nation.)

Es würde sich lohnen, zu untersuchen, warum der Nationalsozialismus am alten Prinzip der Massenheere festhalten muß. Es muß genügen, hier zu erwähnen, daß der Nationalsozialismus nicht auf dem Gebiet des Krieges an die Eigeninitiative der Kämpfenden und das führerlose Handeln der Soldaten sowie an den Sieg des Geistes glauben kann, wenn er all diesen Tugenden im zivilen Leben keine Bedeutung beimißt und sie unterdrückt. Er kann sich nur die Kriegsauffassungen zu eigen machen, die nach dem berühmten englischen General Fuller »auf die Schlachthöfe gehören«.

Die Miliz spielt auch beim Kaderheer eine große Rolle. Aber ihre Ausbildung muß sich am Kader orientieren, auch hier muß das Ziel sein, das Höchstmögliche an soldatischer Kernkraft zu erreichen. Eliteheer plus Elitemiliz, das ist das angestrebte Rüstungsziel. Die kämpfenden Kader müssen aufgefüllt und hinter der Front wirksam unterstützt werden. Sicher, an der Front selbst wird ein Panzerwagen von nur zwei Mann bedient, aber hinter der Front braucht er 46 Mann und ein Flugzeug benötigt sogar 60 Mann für die verschiedensten Vorbereitungen.

General Reinhardt hat Seeckt einmal erwidert: »Sicher hat Seeckt recht, wenn er höhere Güteforderungen in Aussicht stellt. Aber daran kann kein Zweifel obwalten, man kann nie zuviel gut ausgebildete Soldaten haben.« Selbstverständlich, aber das Problem ist ja, wie beides zu vereinen ist. Seeckt wetzt

Diktatur!



trat er jederzeit und gegen jedes Vorurteil und jede Gewalttat auf. Vor allem bewährte er sich als unbedingten Antimilitaristen, Pazifisten und Internationalisten, dem die Verständigung der Völker wie nichts anderes am Herzen lag. Wie eine Brandmarkung der Nazis, die mit ihrem heiseren Gekläff gegen den »Feindbund« die Dummen noch dümmer gemacht haben, klingt es, wenn er in einer seiner letzten Reden dardart:

»Meiner Meinung nach gibt es nichts Furchtbarereres, nichts Schrecklicheres, nichts Verbrecherischeres als das tollkühne Anstacheln einer Nation gegen die andere mit dem Zweck, ihre Freundschaft und ihren friedlichen Verkehr zu stören. Es ist ein gemeines Verbrechen, so gemein, daß, wenn sich irgend jemand dessen schuldig macht, er aus der sozialen Gemeinschaft der zivilisierten Menschheit ausgeschlossen werden müßte.«

Als im November des Jahres 1906, an dessen 14. Mai Carl Schurz gestorben war, New York eine Gedenkfeier für den großen Toten erlebte, trat unter den Rednern auch ein Schwarzer, Dr. Booker,

und unterdrückte Rassen, und sein Herz schlug unbeirrbar für die Unterdrückten. Als es zu dem kriegerischen Zusammenstoß zwischen Nord- und Südstaaten kam, tat er alles, den Feldzug wirklich zu einem Befreiungskrieg, einem Krieg für die Befreiung der Negerklaven zu machen, und auch später trat er bei jeder Gelegenheit für die volle Gleichberechtigung der schwarzen Rasse ein.

Von diesem Mann sagt die Erklärung seiner Verwandten und Freunde zu Recht:

»Alle, die ihn je gekannt haben, müssen der Ueberzeugung sein, daß, wäre er am Leben, seine gewaltige Beredsamkeit die Tyrannen an den Pranger stellte, die Deutschland wieder versklavt haben. Selten Charakter verkennt vollkommen jeder, der glauben wollte, daß er auch nur einen Augenblick eine weitere Verbindung mit einer Regierung dulden könnte, die solcher Ungerechtigkeiten, solcher Unduldsamkeit, solchen Vorurteils, solcher Foltern und solchen Blutvergießens schuldig ist, wie wir es in Berlin in den letzten zwei Jahren erlebt haben.«

K. M.

Vom Kaderheer zum Massenheer?

Die Erkenntnis, daß die »Bannerträger der nationalen Revolution«, die »Garanten des deutschen Sozialismus«, als welche SA und SS auch von oppositionellen Nationalsozialisten gefeiert wurden, den Erfordernissen moderner Kriegsführung nicht gerecht werden können, weil diese den Einsatz soldatischer Kernkraft erzwingt und diese in den Reihen der Geschickterten und Deklassierten nur vereinzelte zu finden ist, ist seit dem 30. Juni 1934 ziemlich allgemein verbreitet. »Die größte Armee der Welt« erwies sich zugleich als die schlechteste.

In der Tat, sie war in jeder Hinsicht das Gegenteil der Reichswehr, darum auch nicht geschlossen als MIH — die auch zum Kaderheer gehört! — zu verwenden. Würde man

in Deutschland offiziell noch die alten Auffassungen vom Massenheer haben, wie es seine höchste Steigerung im Verlauf des Weltkrieges erfuhr, dann wäre die Auflösung der nationalsozialistischen Wehrverbände vollständig unverstänlich und dumm und die ganze deutsche Wehrpolitik obendrein, zumal man doch vielfach der Meinung ist, der Krieg stehe unmittelbar vor den Toren. Indes ist die nun vielfach akzeptierte Auffassung, die SA- und SS-Leute seien militärisch verbildet (worüber sich die »Kriegsfreiwilligen« so lustig gemacht haben) die denkbar beste Bestätigung Seecktscher Gedanken, weil diese Leute eben nur vom Standpunkt eines modernen Kaderheeres militärisch verbildet sind. Vom Stand-

Streicher und Salvarsan

Der braune Aertzebund bekreuzigt sich

nach, daß es nicht möglich ist, ohne die Güte des Soldatenmaterials zu senken, die Zahl zu heben. Unter anderem sind es Kostenprobleme. So wird auch verständlich, warum die Reichswehr die Ausgaben für die SA und SS bedauert und sie lieber anders verwenden möchte.

Also: die Miliz ist selbstverständlich. Aber 1. muß diese sich organisch in den Rahmen, die Kriegskonzeption der Reichswehr und ihre Bedürfnisse einordnen, 2. muß sie billig sein.

Bestandteil dieser Miliz ist der Arbeitsdienst. Es ist ein Irrtum, zu glauben, dieser beruhe an sich auf dem Gedanken des Massenheeres. Er ist mit beiden Wehrsystemen vereinbar, wenn auch die Formen und der Umfang dann entsprechend verschieden sein müssen, weshalb ja heute noch Differenzen auf diesem Gebiet bestehen. Es ist daher falsch, die wachsende Bedeutung des Arbeitsdienstes auf den Sieg des alten Massenheergedankens zurückzuführen. Schon in den Werken Seeckts nimmt der Arbeitsdienst einen breiten Raum ein. Warum man als Anhänger des Massenheeres alter Prägung den Arbeitsdienst der SA und der SS vorziehen sollte, statt sich über alle vorhandenen Soldaten zu freuen, bleibt das Geheimnis derer, die vom Sieg des alten Massenheeres über modernere Konzeptionen reden. Daß sich die militärischen Auffassungen in Deutschland schroff gegenüberstellen, ist eine selbst von maßgebenden Wehrpolitikern eingestandene Tatsache, daß manches Kompromiß auch auf militärischem Gebiet zu verzeichnen ist, kann den nicht verwundern, der das Militärische sowie den Kampf um die Wehrverbände nicht losgelöst vom Ringen der sozialen Kräfte sieht, aber von einer Rückkehr zu alten Formen kann — jedenfalls vorläufig keine Rede sein. Wenn das trotzdem hier und dort behauptet wird, so liegt dem das Bestreben zugrunde, den Nachweis zu führen, daß Deutschland nicht abrüstet. Selbstverständlich »rüsten« es ab — und zwar den alten Militarismus gleichzeitig mit der Ankündigung der SA-Auflösung haben wir in der Nummer vom 6. Mai 1934 darauf verwiesen, daß es zwei Wege der Aufrüstung gibt, und »nur wenn man die beiden Strömungen im deutschen Militarismus erkennt, wird man in der... Auflösung der SA keine Abrüstung, sondern Anpassung an den modernen Militarismus, Triumph der Wehrmacht sehen... die Niederlage Röhms müßte als Sieg des aufgekärten Militarismus gewertet werden, den der Nationalsozialismus nie recht verstand...«

Röhms Niederlage, damals vorausgesagt, inzwischen blutig bestätigt, ist zugleich die Bestätigung des Kaderheergedankens, der in der Reichswehr seinen höchsten organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Fred War.

Zuviel Hebammen!

In der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift« lesen wir:

»Die Ueberfüllung des Hebammenberufs zwingt zu vorübergehender Beschränkung

Vor einiger Zeit war im Organ des Deutschen Aertzebundes ein begeisterter Bericht über eine antisemitische Hetzrede Streichers zu lesen. Denn in diesem Bunde hat sich all jenes Kropfzeug gesammelt, das dankbar aufatmet, weil die intelligentere jüdische Konkurrenz vernichtet wurde. Aber der Knüppel liegt doch öfter beim Hunde, als diese Sorte Intellektuelle ahnt. Dasselbe Deutsche Aertzeblatt nämlich bringt jetzt eine Erklärung des Führers dieses Medizinerbundes gegen Streicher, der in einer Flugschrift »Deutsche Volksgesundheit aus Blut und Boden« ganz offen fordert: Weg mit allen von jüdischen Leuten erfundenen Heilsera! Bekümmert stellt der braune Aertzeleiter fest, daß man zwar viel Verständnis für Streichers Kampf gegen die jüdische Rasse habe, aber nicht alle seine rassehygienischen Auffassungen und Theorien billigen könne. Ebenso protestieren der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, sowie die Staatskommissare für das Gesundheitswesen in Bayern, Baden, Sachsen, Thüringen und Württemberg in einem Schreiben an den Reichskanzler gegen Streichers neueste Kurpfuscherzeitschrift.

Diese Naziärzte wissen nicht recht was sie wollen. Sie haben den Judenfressereien eines Verrückten zugejubelt und jetzt, da der Verdrückte aus seinem Wahnsinn die logischen Konsequenzen zieht, wird ihnen mit einem Male bange. Wäre nämlich ihr Organ nicht das Blatt einer Clique kleiner, schäblicher Kr-

der Zulassung. 1935 sind in jeder Ausbildungsstätte nur soviel Schülerinnen zugelassen, daß der Durchschnitt der 1931, 1932 und 1933 geprüften Hebammen um mindestens 70 Prozent unterschritten wird.«

Mit welcher schönen Anordnung denn eine neue Seifenblase der Hitlerei zerknallt wäre! Als das Dritte Reich gegründet wurde, sollte, wie man es bei Mussolini gelesen hatte, auch die Rasse numerisch aufgefördert werden. Agitation und Versuche zur Volkvermehrung ins Uferlose setzten ein: Ganz Deutschland eine einzige Kanonenfutterfabrik! Jeder tatenlustige SA-Mann bekam seine »Ehestandsbeihilfe« aus freigebigem öffentlichem Säckel, drastisch ausgedrückt: seine Prämie auf Kinderzeugung in die Hand gedrückt. In der Tat wurde denn auch anfangs mindestens in den Großstädten, wo dieses Prämiensystem den größten Umfang annahm, die Geburtenziffer künstlich hinaufgedrückt. Der Sex-appeal der Revolution ist nun ebenso schnell verauscht, wie etwa der Militärtraum der Röhm oder die von Sieg zu Sieg schreitende »Arbeitschlacht«. Das graue Elend starrt auch auf diesem Gebiet an allen Enden heraus. Denn: Entweder kommen die Frauen des Dritten Reiches beim Kinderkriegen, ganz

merseelen, dann müßte es den Judenfressern sagen: Was ist unsere medizinische Kunst und Wissenschaft ohne die Entdeckungen jüdischer Köpfe, ohne die Ergebnisse zähen jüdischen Forscheridealismus? Hier eine kleine unvollkommene Liste neuerer medizinischer Errungenschaften jüdischer Wissenschaftler:

Prof. Albert Neisser entdeckte 1879 den Gonokokkus (Erreger des Trippers).

Prof. Albert Fraenkel entdeckte 1884 den Erreger der Lungenentzündung.

Waldemar Haffkine führt als erster 1895 die Schutzimpfung gegen Cholera und Pest mit abgetöteten Kulturen ein.

Prof. August Wassermann entdeckt 1906 die sogenannte Wassermannsche Reaktion (Blutprobe für Syphilis) und errang damit Weltruhm.

Ernst Remak ist der Entdecker der marklosen Nervenfasern und Begründer der Elektrodiagnostik und Elektrotherapie.

Prof. Paul Ehrlich entdeckte 1909 mit dem Japaner Hata das Salvarsan. (1908 Nobelpreis.)

Gustav Bucky ist der Entdecker der Grenzstrahlen-Therapie.

Alexander Marmorek entdeckte das Streptokokkenserum gegen Scharlach.

Prof. Metschnikoff entdeckte die Eigenschaft der weißen Blutkörperchen, eingedrungene Bakterien zu vernichten. (Nobelpreis 1908.)

Karl Landsteiner erhielt 1930 den

Nobelpreis für die Entdeckung der menschlichen Blutgruppen.

Das Deutsche Aertzeblatt wird sich hüten, dem Volke diese Wahrheiten vorzusetzen. Das Geschäft steht höher. Aber völlig konsequent ist auch Streicher nicht. Jüdische Forscher haben ja schließlich auf allen Gebieten gewaltige Erfindungen und Entdeckungen gemacht. In den Weisen von Zion aber, zu welcher Schwarte sich die gesamte braune Oberbonzerie bekennt, steht geschrieben, daß dies alles Teufelswerk ist, um Judas Weltherrschaft zu stabilisieren. Wir wollen nur zwei Beispiele bringen: Wie ist es mit den elektrischen Wellen, die Dr. Heinrich Hertz 1886 erzeugte und damit die Grundlage schuf, für die drahtlose Telegraphie, Telephonie und Rundfunk? Denselben Rundfunk, ohne den sich die Nazibonzerie das Dritte Reich überhaupt nicht denken kann! Wie steht es mit dem lenkbaren Luftschiff, das David Schwarz 1897 erfand und dessen Patent 1898 vom Zeppelinischen Unternehmen aufgekauft wurde?!

All dieses jüdische Teufelswerk, das wir hier spaltenlang aufzählen könnten, soll weiter der Ausdruck deutschen Wesens bleiben? Selbst Streichers Rassenwahn schreckt vor den eigentlichen Konsequenzen zurück, denn wollte er sie ernsthaft praktizieren, so würde sehr rasch selbst für die Dilmatten offenbar werden, daß der konsequente Antisemitismus in die Zwangsjacke gehört und daß das Dritte Reich ohne jüdischen Geist nicht existieren kann.

anders wie die Mütter in den vierzehn Jahren der Schande, ziemlich ohne Hebammen aus; das würde freilich dann die neuen sozialhygienischen Zustände unter der Diktatur trefflich illustrieren. Oder aber, was wohl das Glaubhafteste ist: Das Publikum weigert sich, für die braune Kanonenfutterfabrik Hitlerdeutschland weiter im Geiste des »Aufbruchs der Nation« zu arbeiten, und die Hebammen verlieren dadurch die Arbeit.

Ehrenarier

Die Deutsche Presse teilt mit:

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der Honorarprofessor an der Handelshochschule Berlin, Dr. Manes, auf seine Lehrbefugnis verzichtet. Die auf Grund des § 3 des Berufsbeamtengesetzes früher ausgesprochene Entziehung der Lehrbefugnis ist damit aufgehoben worden.

Professor Dr. Manes ist Jude. Dennoch war es den deutschen Erneuerern offenbar peinlich, einen Mann auf den Rasseschutz zu werfen, der inzwischen als Gastprofessor der Universität Buenos Aires seinen Ruf erweitert hat und der dieser Tage die Ehrenmit-

gliedschaft des Verbandes der Universitätslehrer für Versicherungswesen in den Vereinigten Staaten erhielt. So ließ man ihn lieber »freiwillig« auf etwas verzichten, was ihm schon entzogen worden war und »hob« dafür die Entziehung »auf«.

Münchmeyer wieder da!

Einer der schmutzigsten Hetzpfaffen Hitlers, der berüchtigte Borkumer Pastor Münchmeyer, war seit Jahr und Tag aus der Öffentlichkeit verschwunden. Optimisten glaubten schon daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß es selbst im Lande Julius Streichers Grenzen der Unanständigkeit gibt, die ohne Gefahr nicht überschritten werden können. Jedoch siehe da — auch Herr Münchmeyer meldet sich wieder. Er tobt im Ruhrgebiet umher und die »Westfälische Landeszeitung« berichtet begeistert von seinen rednerischen Heldentaten. In einem dieser Berichte liest man: »Pg. Münchmeyer schilderte zunächst eine Zusammenkunft, die er unlängst in Bremen mit dem Führer hatte.«

Ja, warum denn nicht?

Adam Riese

Oft wird die Welt des rostigen Scheins Entzaubert durch das Einmalige. Man hat durch OHL-Berichte Zurechtfrisert sich die Geschichte, Hat, was ins schöne Bild nicht paßt, Fortretuschiert und abgebläut. — Prahlgangig tritt vors Mikrofon Der Klumpfuß: »Nach zwei Jahren schon ist, trotz der Widersacher Kritteln, Was wir gelobten, zu zwei Dritteln Erfüllt, gebannt die Wirtschaftskrise...« Da kommt der alte Adam Riese Mit seinem Rechenstift und spricht: »Ei was, die Sache stimmt ja nicht! Es wachsen ja, trotz allem Prahlen Im Sprung die Arbeitslosen-Zahlen, Steil steigt die Kurve in die Höh; — Geschwindelt haben Sie, Moajöh!« Was da gefälscht war und verwässert, Wird unbarmherzig nun verbessert: »Plus hundert-, zweihundert-, plus dreimalhunderttausend! — Allerlei!« Zerrissen ist das Truggespinnst, Das nackte, graue Elend grinst. Von der zwei Drittel Sieg-Bilanz Bleibt auch kein kahler Rattenschwanz!

Der Adam Riese ist, mir deucht, Marxistisch auch bereits versucht.

Mucki.

Die Stimme

Von Bruno Brandy.

Es war einmal ein Stammeshäuptling in den rauhen Wäldern der Teutonen. Er besaß eigentlich nichts als seine Stimme. Alles

andre hatte er gestohlen oder geliehen. Von einem Nachdenker borgte er sich einige verlogene Sprüche über artstammische Wirtschafft, von verstorbenen Irren erbte er eine verworrene, aber tönende Rassenlehre und gab sie als seine aus, von andern stahl er ein Totenzeichen und hing es seinem Waffenschild an und der kurzbeinigen, minderwertigen Mittelmeerrasse entwendete er einen Gruß.

Nur die Stimme war sein. Sie klang nicht besonders schön, aber dafür war sie unsagbar geduldig. Jahraus, jahrein trug sie die großen Lügen des Häuptlings in die Welt und zitterte selbst beim ärgsten Schwindel nicht. Die Unzähligen, die nie alle werden, ließen diesen Lügen nach und konnten von dem Gelüge nicht genug bekommen, so schön dünkte es ihnen. Und weil kein andrer so schön log, wählten ihn die Unzähligen und die ganz Großen zu ihrem Beherrscher. Er dankte es ihnen, indem er durch ein-großmächtiges Horn die fabelhaftesten Lügenmärchen breitbandte. Denn es herrschten schlechte Zeiten und Schwindelreden erschienen den Unzähligen immer noch tröstlicher als die traurige Wahrheit.

Aber eines Tages — war die Stimme weg. Der Häuptling wollte reden und was kam raus? Kein Ton! Er trank teutonischen Kräutertee und wartete ab, jedoch sie kam nicht wieder. Vielleicht hatte sie sich in den Hals verkrochen, vielleicht hatte sie sich durch's Zeltdach geschwungen und saß wie ein Vogel im Baume. Wohin gehen Stimmen, wenn sie verschwinden? Noch keiner hat sie gesehen, niemand weiß es. Medizinmänner eilten herbei und suchten nach der Stimme,

aber keiner fand sie. Wahrscheinlich hatte sie das Lügen satt und verkroch sich, weil sie sich schämte. Denn gewarnt hatte sie den Häuptling des öfteren. Manchmal war sie rau und heiß geworden und einige Male schnappte sie bei dem größten Schwindel vor Empörung über. Kurz und gut, sie hatte sich vor ihn offenbar hinweg entwickelt.

Er wartete und weinte, denn was war er ohne seine Stimme? Durch das Weinen aber lösten sich einige Erinnerungen und er mußte immer wieder daran denken, wie seine Großmutter ihn in der Kinderzeit oft verwart hatte: »Dir werden Deine Lügen noch einmal im Halse stecken bleiben!« Und nun hatten sie ihm geradezu die Rede verschlagen.

Draußen aber harrete das Volk neuer Märchen, begann zu meckern, zu meutern, zu murren, und die ganz ganz Großen im Stamme sagten: »Wozu ist er uns eigentlich noch nütze, wenn er nicht reden kann?«

Da ließ der Häuptling in seiner Not einen Medizinmann kommen, dessen Namen geheim gehalten werden mußte, weil er ein Minder-rassiger und eigentlich weit weit im Südosten zuständig war. Er mußte sich eine blonde Perrücke über das dunkle Kraushaar stülpen, ritt so zu des Häuptlings Prachtzelt und forschte nach der Stimme. Der Häuptling mußte sich lang legen und drauflos flüstern, was ihm auf die Zunge kam. Es war ein tolles Durcheinander, es war ein Dämonentanz unerhörter Schwindeleien — und dazwischen immer wieder dieses Wort aus Kindertagen.

»Genug!« sagte der Medizinmann, schüttelte das schwarz-blonde Haupt und ließ den Häuptling aufstehen, »es ist auch bei Dir die Großmutter, die hemmend im Wege steht.

Was soll man da machen? Versuch es doch, oh schreckenregender Führer, mal mit der Wahrheit...«

Der Häuptling ließ den Kopf hängen. Die Wahrheit? Eine Gänsehaut fror ihm den Buckel hoch. Dem Stamm im Westen sagen, daß er keinen Frieden wollen dürfe, weil er sonst nicht weiter wisse, und dem kleinen verbündeten Stamm im Osten sagen, daß er nach einem siegreichen Kriege auch aufgefressen werden müsse?! Dem Volke gestehen, daß alles, alles Lüge war, daß unter seiner Herrschaft arm noch ärmer und reich noch reicher werden müsse, daß in den Föllerhöhlen gemordet und die Menschheit täglich geschändet werde, weil sich der Häuptling und seine Trabanten vor der Wahrheit fürchteten?!

Zitternd, fröstelnd schaute er auf. »Die Wahrheit? — Dazu habe ich Dich nicht gebraucht, Stern des Ostens!«

»Dann versuche es mal mit der Weisheit, Häuptling, und schweige!« riet der Medizinmann. »Die Stimme kommt wieder, sobald sich der Geist der Ahnfrau in Dir beruhigt hat.« Also schwieg der Beherrscher; es blieb ihm ja auch nichts anderes übrig. Im Volke aber begann ein Geraune: »Er wird weise, er schweigt, er denkt... Warum denkt er?« Und das Geraune wurde zum Gemecker: »Es muß sehr schlecht um den Stamm stehen, wenn er plötzlich anfängt zu denken!« — Und alles begann in seine Urwaldhöhlen zu hamstern, im Tauschhandel stiegen die Werte für des Leibes Nahrung, Lendenschurze aus Wollstra — in heißem Schweiß den teutonischen Wäldern abgerungen — kristorten ringsum, das kostbare Wisentfett schwand dahin. Grau und trüb, wohin man blickte.

Mehr exerzieren — weniger lernen!

Niedergang der deutschen Schule — Klagen der Elternschaft

Die Hitlerjugend wird in unverantwortlich hohem Maße von militärischen Übungen, Sammelaktionen und weitanschaulichem Drill in Anspruch genommen, die Klagen der Eltern, Lehrer und Schulkollegen mehren sich. Daß die Grippe-Epidemie in diesem Jahre einen so gewaltigen Umfang annehmen konnte — ganze Schulklassen sind lahmgelegt, in zahlreichen Instituten sind mehr als 50 Prozent aller Schüler erkrankt —, wird in weiten Kreisen auf die Ueberanstrengung der Kinder, auf körperliche Schwächung durch übermäßigen Parteidienst zurückgeführt. Auch die Diphtherie-Erkrankungen mehren sich in erschreckender Weise und haben oft tödlichen Ausgang.

Das Bayrische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat sich genötigt gesehen, zu der Frage in irgendeiner Form Stellung zu nehmen. Und es ist interessant, wie das salomonische Urteil der hohen Herren ausgefallen ist. In einem ministeriellen Schreiben an die Gebietsführer der Gebiete Hochland, Franken, Bayerische Ostmark und Hessen-Nassau der Hitler-Jugend wird ausgeführt:

»Um eine Ueberbelastung unserer Jugend zu verhindern, habe ich die Direktorate der bayrischen höheren Unterrichtsanstalten ermächtigt, soweit nötig, in der Schule nach Maßgabe folgender Grundsätze Erleichterungen eintreten zu lassen:

Eine Kürzung des wissenschaftlichen Unterrichts soll zwar möglichst unterbleiben; erscheint aber zur Entlastung der Schüler ein Ausfall von Unterrichtsstunden unvermeidlich, so müssen auch die wissenschaftlichen Fächer herangezogen werden, doch darf sich die Kürzung nicht auf Religion, Deutsch, Geschichte, Biologie erstrecken. Der Unterricht im Turnen ist durch den Wegfall des Spielmittags und die Einschränkung der Wandertage für die Klassen 1—4 bereits stark gekürzt, eine weitere Kürzung ist nicht zulässig, insbesondere ist die dritte Turnstunde überall durchzuführen, wo dies nach den persönlichen und räumlichen Verhältnissen möglich ist.

Die Wissensstoffmenge ist zugunsten geistiger Schulung allenthalben auf das unbedingt notwendige Maß zurückzuführen. Von allem Maß unnötigen Beiwerk und weitgehenden Einzelheiten ist abzusehen.

Das heißt: die Schüler sind vom Exerzieren überanstrengt, deshalb werden die geistigen Fächer auf ein Mindestmaß beschränkt. Die deutschen Schulen haben ihren wissenschaftlichen Ruf von ehedem längst verloren. Bald aber werden sie einen neuen Ruf gewinnen: den Ruf, daß ihre Schüler nicht einmal die elementarsten wissenschaftlichen Kenntnisse erlangen, daß sie die Anstalt zwar als vollendet gedrehte Soldaten — aber auch als vollendete Nichtwisser verlassen. Es ist den Nationalsozialisten gelungen, in zwei Jahren zu zerstören, was das ganze deutsche Volk durch jahrhundertlange, mühevollen Arbeit aufbaute.

Schnellich warteten die Unzähligen auf neue Märchen, es kamen keine und alles murrte: »Wozu brauchen wir den blutigen Häuptling, wenn er solange nachdenken muß wie andre!«

Da, in der höchsten Not, fünf Minuten vorm römischen Exekutor — da kam die Stimme wieder. Hatte sie die Untätigkeit nicht ausgehalten? Dachte sie: mit gegangen, mit gefangen, mit gehangen?! Oder konnte auch sie den holden Schwindel nicht mehr ganz missen?! Niemand weiß um das Geheimnis, man hörte nur, wie sie, langsam zwar und rauh und immer bereit, die Flucht zu ergreifen — wie sie mit solchem Vorbehalt alte und neue Lügen in die Welt trug. Ganz erreichte sie die alte Tragkraft nicht wieder. War sie unsicher geworden? Hatte sie draußen in der Welt zuviel Wahrheiten gehört? Oder klang sie so trüb, weil die Lügen immer ärmlicher wurden und der Märchenglaube in den Unzähligen schwand? Vielleicht werden das einmal die Historiker wissen, bei denen man in nicht zu ferner Zeit auch nachlesen kann, welch bitteres Ende diese Geschichte nahm.

Nachrufe verboten

Da es der hitlerdeutschen Presse verboten war, Max Liebermanns Bedeutung objektiv zu werten, blieb es den Nachrufen der Auslandsblätter vorbehalten, die Größe seiner Persönlichkeit und seine Bedeutung für die deutsche Malerei zu würdigen. Liebermann galt in den Regionen der Kunst als Großmeister des deutschen Expressionismus schlechthin. Er hat diese Kunstströmung in Deutschland mit durchgesetzt, er hat der tänzerischen

Mit Hermann Göring auf der Pirsch

oder: Wie kommt der blaue Damenschlüpfer an den Brunfthirsch?

In der Zeitschrift »Wild und Hund« (mit den »ämtlichen Nachrichten der deutschen Jagdbehörden«) erzählt im letzten Heft Lutz Heck von den erschütternden Taten, die der Reichsjägermeister Hermann Göring auf der Pirsch, vor allem im Romintener Revier, verübte.

Gleich im Anfang nimmt da der weniger geneigte Leser zur Kenntnis, daß es Hermann Göring ähnlich ergeht, wie es historisch von seinem großen Vorgänger Wilhelm dem Zweiten feststeht: daß er nämlich mit dem Wilde nicht gut allein und ohne fachmännischen Sukturs fertig wird und ihm also mehr das Morden als das eigentliche Jagen obliegt. Auch dem Wilhelm mußten die Böcke immer erst von anderen schießgerecht geliefert werden. Bei Hermann sieht das, wörtlich nach seinem Jagdbiographen Heck, so aus:

»Es war der sonnige allerletzte Septembertag und die Gewohnheit dieses Kapitalhirsches, sich gegen Ende der Brunftzeit vor der Dichtung in den ersten Tagesstunden zu sonnen, machte es möglich, ihm die Kugel anzutragen. Dem Reichsjägermeister gelang es nämlich, den sitzenden Hirsch vorsichtig anzupirschen. Vergeblich aber wartete er, daß der Geweihte hoch würde. Kurz entschlossen endete Oberforstmeister Wallmann diese für jeden leidenschaftlichen Jäger so spannende und aufregende Augenblicke dadurch, daß er ein kurzes Mahnen vom Tier hören ließ. Sofort war der Hirsch auf den Läufen und erhielt nun einen gutsitzenden Piattschuß.«

Göring ließ nun das Jagdhorn »Hirsch tot« erschallen, das »feierliche«, so versichert sein Homer Heck, »durch den Wald klang«. Immerhin bleibt für den Lalen trotz dieser Feierlichkeit der unverwischbare Eindruck, daß Hermann den Hirsch nicht gekriegt

hätte, wäre der Fax Wallmann nicht gewesen, der es wußte, wie man so etwas andreht. Ueberhaupt scheint der Reichsjägermeister grade auf dem Felde der Ehre absonderliches Pech zu haben, dessen schönste und grünste Uniform er malerisch genug trägt. So heißt es bei Heck weiter:

»Ein unbefriedigender Morgenpirsch, bei dem der Reichsjägermeister nur einen für Rominten nicht starken alten Abschlußhirsch zur Strecke brachte, und dann eine gänzlich erfolglose Abendpirsch waren wohl auf dieses nahe Ende der Brunft zurückzuführen.«

Schade! Herr Göring enthüllte übrigens in Rominten auch, was er alles mit dem deutschen Walde vor hat — und zwar bei einer Geweih-Ausstellung, die dort zu seiner alleinigen Ehr veransaltet wurde. Er sagte nämlich bei dieser Gelegenheit den versammelten Grünbücken, immer nach unserem einwandfreien Gewährsmann Lutz Heck:

»In Rominten sei die Hege des edelsten deutschen Wildes, des Rotwildes stets auf der Höhe gewesen. Und wenn auch in den anderen Staatsforsten sein Bestreben dahin ginge, die Tierwelt überall dort, wo es möglich sei, durch Aussetzen von Wisenten, Elchen, Mufflons usw. zu bereichern, so sollte Rominten als bestes deutsches Hirschreservoir einzig und allein für diese herrliche Wildart das vorbildliche Hegegebiet verbleiben.«

Wird sich da der Bürger Schmitz doch riesig freuen, wenn er künftig in seinem Walde bei Euskirchen oder Düren auf ein saftiges Mufflon, auf einen Eich, wenn nicht gar auf den Auerochs und das Einhorn in persona unserer Vorfahren in Bärenhäuten stößt. Alles durch Göring!

Hermann hat dann aber auch noch, trotz alledem, einen »ungraden Sechszwanziger«

geschossen. Seine Kugel traf jenen, als er sich mit einem Vierzehnder grade verprügelte. Der Jagdpoet ist begeistert:

»Ich trat an den Hirsch heran, neben dem der Reichsjägermeister als glücklicher Schütze stand, und ich muß gestehen, daß ich noch selten einmal während meiner Jagdaufbahn einen Weidmann so froh gesehen habe. Jede Einzelheit vor und bei Abgabe des Schusses wurde begeistert geschildert und man konnte den Ueberschwang (!) und die Freude verstehen, womit er diese großartige Trophäe betastete und befühlte.«

So ist das eben: Im Wald und auf der Heide, erlebt man seine Freude — und das in man nignigfacher Beziehung! Denn — die Sache geht, wörtlich nach dem Göringbiographen Heck, folgendermaßen weiter:

»Woher dieses unerhörte Weidmannheil gekommen ist, wurde mit einer seltsamen Geschichte in Zusammenhang gebracht: Beim Betreten des Brunftplatzes wurde ein blauer Damenschlüpfer gefunden. Alle Jäger waren sprachlos darüber und ergingen sich in Vermutungen, wie in diese Einsamkeit ein wertvolles Kleidungsstück durch Kurgäste aus Rominten gekommen sein könnte. An einem der nächsten Tage erschien in der Zeitung folgende Anzeige: Gefunden bei Pirschgang auf den Brunfthirsch am Randohmestell ein blaues Damenbekleidungsstück, Größe 42. Gegen Finderlohn abzuholen im Forstamt Nassen.«

Vor Registrierung dieser »schlüpfrigen« Angelegenheit hatte Herr Heck nicht zu erwähnen vergessen, daß alle Jäger, auch der Herr Reichsforstmeister, abergläubig seien. Sollte also etwa hier der Herr Reichsforstmeister Fortuna ein bißchen korrigiert haben? Der Reichstagsbrand hätte sich dann ungefähr auf derselben psychologischen Basis wohl abgespielt... F. E. Roth.

Ein Futterneid siegt

Die weibliche Jugend darf schrenamtlich verhungern.

Die Berliner Hochschule für Leibesübungen, in der bisher männliche und weibliche Studenten aufgenommen wurden, soll im kommenden Frühjahr in eine »Reichshochschule für Männer« umgewandelt werden. Auch hier haben also Brotneid und Konkurrenzangst der braunen Ehrenmänner gesiegt: die Frau wird aus dem Beruf der Sportlehrerin verdrängt, aus eigem der wenigen Berufe, die ihr im Dritten Reich bisher noch offen standen. Bei der Verkündung des Beschlusses rief der Studentenführer mit knappen Worten den Studentinnen, die Hochschule zu verlassen, da ihre Zukunftsaussichten gleich Null wären; ihre Arbeit würde in Zukunft nur ehrenamtlich im BDM oder Arbeitsdienst verwendet werden können.

Das hat selbst bei den »national gesinn-ten« Frauen eingeschlagen. Die »Deutsche

Kämpferin«, Berlin, die im übrigen gern auf die arischen Großmütter ihrer Redakteurinnen pocht, wütet also:

Überall, wo unsere jungen Mädel im Studium oder in anderer Berufsausbildung neben den männlichen Volksgenossen stehen, erfahren sie von diesen in steigendem Maße und in der zermürbenden Art unausgesetzter kleinlichster Nadelstiche eine herablassende Zurücksetzung und überhebliche Nichtachtung. Allzu rasch ist böse, undeutsche Saat hier aufgegangen. Mit bitterer Sorge beobachten wir, wie vom Bestand der bejahenden, hoffnungstarken Lebensgläubigkeit im jungen Frauentum täglich mehr zerstört wird. Wir wissen, daß das nicht im Sinne des Führers ist, und glauben in seiner Auffassung vom Nationalsozialismus die Frage stellen zu dürfen, ob im Dritten Reiche die weibliche Jugend »ehrenamtlich« verhungern soll.

Jawohl, das darf sie, wenns nach den »Führern« geht, ruhig tun, denn man braucht die Frauen nicht mehr als Stimmvieh. Die Hitlerwählerinnen von einst haben ausgedient. »In die Ecke, Besen!«

Der Sekt-»Sozialismus«

»Wenn ein Gutsbesitzer hier in der Stadt sechs Flaschen Sekt getrunken hat und auf dem Wege zum Anhalter Bahnhof, von wo er nach Hause fahren will, einen Kriegskrüppel am Bahnhof betteln sieht, kommt ihm der Gedanke: »Dem Manne muß geholfen werden.« Schon dieser Gedanke ist sozialistisch. In seiner Gedankenlosigkeit geht er aber weiter.

Trinkt also beim nächsten Besuch in der Stadt jener Gutsbesitzer nur 5 Flaschen Sekt und gibt den Betrag für eine Flasche Sekt dem Kriegskrüppel ab, so ist das praktische Sozialismus!«

Aus einer Rede in einer Versammlung der Gruppe Berlin der NSBO (Görlitzer Bahnhof).



Niemand wird befreit

Das Reichsunterrichtsministerium gibt bekannt:

»Bei Abschlußprüfungen an Schulen werden Vererbungslehre, Rassenhygiene, Familienkunde und Bevölkerungspolitik für alle Schüler als obligatorischer Prüfungsgegenstand eingeführt, von dem niemand befreit werden darf. Ferner behält sich das Unterrichtsministerium das Recht vor, durch besondere Beauftragte bei den Reifeprüfungen festzustellen, inwieweit bei den Prüfungen die neuen Richtlinien berücksichtigt worden sind.«

Wer den Wirrwarr kennt, der heut in professorlichen Köpfen herrscht, wer weiß, wie viele feindliche Richtungen einander auf den Gebieten der Vererbungslehre und der Rassenkunde bekämpfen, der kann sich vorstellen, welcher Unfug von den einzelnen Schulmeistern zwangsweise in die jugendlichen Gehirne gepreßt wird. Je größer indes die Verwirrung, desto zufriedener werden die besondern Beauftragten des Reichsunterrichtsministeriums nach Hause gehen.

Um ein Loch...

»Was kommt dabei heraus, wenn man nach dem Gebot des Wirtschaftsdictators den Schmachtriemen um ein Loch enger schnallt?«

»Ein — Schachtriemen!« M.

Ausverkauf mit Hindernissen. Mit Rücksicht auf die Rohstofflage dürfen in Deutschland nur beschränkte Inventurausverkäufe stattfinden. Nicht zugelassen sind z. B. einfarbige Textilien (Vorhänge, Seide, Kunstseide), weiße Kragen, Wäsche, Trikot-Unterwäsche, seidene und kunstseidene Trikot-Unterwäsche.

russen wie des Fanfarons Rosenberg maltrütiert wurden, war für Max Liebermann Schaffen kein Platz mehr in diesem Lande. Er mußte von allen Ehrenämtern scheiden, sein Name durfte nicht mehr genannt werden. Als kürzlich der illustrierte Beobachter — Absenker des Völkischen Beobachters — einen Liebermann-Witz brachte, wurde Menzel als Autor angegeben. Nicht die Bilder des Greises, sondern sein europäisches Format, sein Witz, sein überlegener Geist dünkten dem Dritten Reiche gefährlich. Eine Bewegung, die dem Humorlosesten entsprang, das es zwischen Rhein und Oder gibt, nämlich dem Stammtisch des deutschen Spießers, mußte sich von der bloßen Existenz eines Max Liebermann ironisiert fühlen, obwohl er Karikaturen nur zum privaten Vergnügen zeichnete. Der weltberühmte deutsche Jude mit dem gefährlichen Berliner Witz mußte verbrannt werden. Hindenburg verlieh ihm zum 80. Geburtstag den Adlerschild — die Nazibonzerie verbot dem vom Tode gezeichneten 87jährigen das Malen. Es zeigt die stupende Ungeistigkeit dieses Regimes, daß es sich vor dem Greis auf dem Krankenlager fürchtete. Denn nichts geht über den Mut dieser Diktatoren.

Arm wird dieses Land an Persönlichkeiten, arm an Geistern mit freier überlegener Welt- und Menschen-Betrachtung. Was nachwächst, wächst unter der Fuchtel gewalttätiger Feldweibel-Naturen heran. Die Nazi-pressen nahm vom Tode des großen Meisters keine Notiz. Es war wohl in diesem Deutschland die letzte und höchste Ehrung, die dem Führer des deutschen Impressionismus widerfahren konnte. B. Br.

Vertrauensratswahlen - Protestwahlen!

Arbeiter, demonstriert gegen den Faschismus

Zum zweiten Male ruft Adolf Hitler die entrechteten und versklavten Arbeiter Deutschlands auf, zum Vertrauensrat im Betrieb zu wählen. Das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit«, die in Paragraphen gefaßte große soziale Lüge bestimmt, daß alljährlich im Monat März Listen aufzustellen sind, und zwar »im engsten Einvernehmen mit dem Führer des Betriebs«. Es handelt sich bei dieser Institution nicht um einen Ersatz für die geraubten Betriebsräte, nicht um das Mitbestimmungsrecht der Belegschaft, sondern im Gegenteil, um ein willkürliches Instrument des Unternehmers zur Zählung seiner Gefolgschaft. Offenherzig schreibt der »Deutsche Holzarbeiter« vom 9. Februar:

»Kaum eine andere Bestimmung ist wohl soeffälliger nationalsozialistisch als die, daß der Führer des Vertrauensrats zum Beispiel gleichzeitig der Betriebsführer ist.« Die allgemeine Volksverdummung, die man bezweckt, offenbart dasselbe Blatt, indem es schreibt:

»Wir wollen aber auch eins nicht vergessen, daß es in der gesamten Vorwärtseentwicklung des deutschen Arbeiterturns weniger zunächst auf verstandesgemäßes Wissen und Erfassen der verschiedensten Dinge ankommt, sondern darauf, daß der einzelne im Glauben an die Idee rein gefühlsmäßig weitgehendst fortgeschritten ist...« »Daraus ergibt sich, daß bei der Aufstellung der Listen, die Menschen bevorzugt werden, die für diese Dinge ihre Eignung unter Beweis stellen.«

Die Belegschaft darf zwar in geheimer Wahl über eine Kandidatenliste abstimmen. Die Liste enthält indes nur Vorschläge des Unternehmers und seines Nazi-Betriebszellenobmannes. Die Belegschaftsmitglieder können die Liste mit ja oder nein annehmen oder ablehnen. Wird nicht »richtig« gewählt, so erfolgt die Berufung des Vertrauensrats durch den Treuhänder. Es ist also vorgesorgt, daß keine Fehlwahl passieren kann und dennoch scheint der Ley gerade dieser Betriebsabstimmung nicht ohne Sorge entgegenzusehen. Ein drei Spalten langer Aufruf enthält kein Wort von den »sozialen Leistungen des Dritten Reiches« in den abgelaufenen zwei Jahren, er enthält diesmal auch keine sozialen Versprechungen, sondern lediglich bombastische Worte vom Sieg über die Marxisten und Emigranten an der Saar.

»Die Brüder an der Saar gingen voran und eroberten für Deutschland und Adolf Hitler eine gewaltige Bastion... die Vertrauensratswahlen 1935 werden der Welt beweisen, daß Deutschland ein einheitlicher Block von Granit ist...«

Die Hoffnung der Nazis, daß die Vertrauensratswahlen im Ergebnis der Saarabstimmung gleichkommen könnten, mag sich darauf stützen, daß die Wahlmacher in den Betrieben gewillt sind, sich im Wahlterror von ihren Brüdern an der Saar nicht überbieten zu lassen. Im übrigen aber dürfte die nationalhatische Begeisterungswelle in den Betrieben Deutschlands weniger hoch schlagen als an der Saar. Zu den Vertrauensräten wählen Arbeiter und Angestellte, die mit den Segnungen Hitlers ihre Erfahrungspraxis haben. Sie erleben täglich die Erfüllungspolitik zu Hitlers Vierjahresplan, sie haben die ihnen verheißene »soziale Ehre« bereits genossen. Sie sind sich auch bewußt, daß Betriebswahlen für den denkenden Arbeiter Betriebspflichten in sich schließen und sie haben bei den Wahlen 1934 bewiesen, wie sehr sie sich dieser Pflicht bewußt geworden sind. An der Saar haben Arbeiter für Deutschland gestimmt, in Deutschland Adolf Hitlers werden die Betriebsarbeiter für das andere Deutschland demonstrieren.

Die Deutsche Arbeitsfront, die sonst von Kopf bis Fuß auf Propaganda eingestellt ist, verschweigt in ihrem Aufruf nicht ohne Grund das Wahlergebnis von 1934!

Die amtliche Wahlstatistik hat über diese Abstimmungsergebnisse niemals einen Gesamtbericht gebracht, sondern sich auf einige wenige Angaben aus den Eigenbetrieben der Nazis beschränkt. Aus den zahlreichen Einzelergebnissen, die gegen den Willen des Regimes bekannt gegeben worden waren, ging hervor, daß im Durchschnitt 50 bis 60 Prozent der Belegschaften mit Ja, breite Schichten der Werktätigen dagegen offen mit Nein gestimmt hatten, oder die Stimmzettel ungültig machten. Die Vertrauensratswahlen 1934 waren seit Hitlers Machtergreifung die stärkste Demonstration des arbeitenden Volkes gegen die Mißwirtschaft in den Betrieben und gegen die Unterdrückung im faschistischen Staat. Millionen deutscher Proleta-

rier hatten vom Standort ihrer Arbeitsstätte in einem stummen aber gewaltigen Protest bekundet, wie wenig sie jemals geneigt sein werden, sich innerlich gleichzuschalten. Während die laute Propaganda Göbbels die Straßen beherrscht, rücken die Betriebsarbeiter enger zusammen, um heute ihre Willensbereitschaft im Abstimmungszettel mit verhaltenem Zorn zu bekunden und um morgen, wenn sie zum Kampfe aufgerufen, die Diktatur zu stürzen.

Der Führer hatte noch im Vorjahr die Agitationkraft der Deutschen Arbeitsfront stark überschätzt und war vom Ergebnis der Vertrauensratswahlen enttäuscht. Inzwischen hat die Arbeiterschaft die neue Sozialverfassung vom Oktober 1934 beschert bekommen. Damit haben die Verbände der Arbeitsfront aufgehört, auch nur noch Scheingewerkschaften zu sein. Die gewerkschaftliche Entwaffnung der Belegschaften ist restlos durchgeführt. Lohnabbau und Teuerung, Wirtschaftszersplitterung und Schrumpfung des Volkseinkom-

mens haben inzwischen auch den Naziproleten die Augen geöffnet. Die Belegschaften haben im abgelaufenen Jahre die Vertrauensräte als Versager kennen gelernt, sie werden aber einen Satz im Aufruf des Ley über den Betriebsführer beachten:

»Seine Arbeit, sein Handeln während des vergangenen Jahres stehen somit bei der Wahl im Vordergrund.«

Das deutsche Arbeitervolk wird das Votum über die Betriebsgewaltigen verbinden mit einer Abrechnung über die arbeiterfeindliche Staatsgewalt. Schon bei Aufstellung der Listen wird es in einzelnen Betrieben möglich sein, wirkliche Arbeitervertreter vorzuschlagen. Es hat sich erwiesen, daß geschulte Betriebsfunktionäre in den Reihen der früheren Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, niemals aber in den Nazihäufen zu finden sind. Die Metallarbeiter-Zeitung tröstet die bisherigen Versager und schreibt:

»Dabei wird man nicht immer auf schlechten Willen oder auf absolutes Un-

vermögen der Betroffenen zu schließen brauchen, sondern wird bei objektiver Betrachtung erkennen, daß eine Fehlbesetzung deshalb vorliegt, weil der Beauftragte für diese besondere Aufgabe die Voraussetzungen nicht erfüllt...«

Sollte etwa in allen Betrieben die Auswahl nach solch strengen Gesichtspunkten erfolgen, so wäre es das Ende der Nazis im Vertrauensrat. Soviel geistig Unvermögende lassen sich bei einer Wahl nicht ausrotten.

Wohl aber kommt es darauf an, gegen die den Belegschaften aufoktroierten Listen eine Protestabstimmung in breiter Front herbeizuführen. Wer noch Vertrauen zu sich selbst und zur Kraft der Arbeiterklasse hat, der stimmt mit Nein, wer kein Vertrauen zum Schutz des Wahlgeheimnisses im Dritten Reich hat, dem bleiben Ungültigmachung der Stimmzettel oder Fernbleiben von der Abstimmung als Ersatz des Nein.

Das Votum der Wähler wird zwar keine unmittelbare Wirkung haben, denn die Treuhänder bestätigen selbstverständlich auch die nichtgewählten Vertrauensgruppen der Unternehmer. Nicht die Zwangswahl wird entscheidend sein, sondern das weitere Schwinden der Ja-Stimmen. Die Verengung der Massenbasis des Faschismus wird im diesjährigen Wahlergebnisse zu den Vertrauensratswahlen ihren sichtbaren Ausdruck finden müssen.

Es gilt zu zeigen, daß faschistische Gewalt die Betriebe bezwungen hat, ohne sie zu erobern!

Ein Nazi stirbt:

Sechs Posten sind vakant.

In Düsseldorf ist ein prominenter nationalsozialistischer Zeitungsmann, Direktor des Völkischen Verlages Fritz Overdieck, gestorben. Die örtliche Presse teilt in lakonischer Kürze mit, er sei »den Folgen eines tragischen Unfalls erlegen«, schweigt sich aber über Umstände und Art des Unfalls geflissentlich aus. Desto genießerischer zählt sie im Nachruf sämtliche Ämter und Posten des Verstorbenen auf. Der 37jährige war:

Direktor des Völkischen Verlages, Rataberr und Hauptauschussmitglied in Düsseldorf, Mitglied des Vertriebsausschusses im Reichsverband deutscher Zeitungsverleger in Berlin, zweiter Vorsitzender im Landesverband des gleichen RdZV Köln, erster Vorsitzender des Bezirksvereins Niederrhein im RdZV Düsseldorf, außerdem Gauamtsleiter für Pressepolitik.

Daß er nur Doppelverdiener war, kann also dem Toten beim besten Willen nicht nachgesagt werden, er verdiente sechsfach, und welchem »Unfall« er auch immer erlegen sein mag — lachende Pöstchenarben werden sich jedenfalls in genügender Anzahl finden.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Grafica«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.015 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Jugenderziehung



Das Bild zeigt eine der »Stürmer-Tafeln«, wie sie in allen Städten Deutschlands aufgestellt werden. Die Schuljugend drängt sich um diese Tafeln und liest in Riesenschrift: »Die geschändete Adelheid.« »Das Treiben des Juden Tebel.« »Verkäuferinnen gesucht — neue Methode jüdischer Massenschändung.« »Der Jude betrachtet das deutsche Mädchen als Tier und als Objekt zur Befriedigung seiner sinnlichen Lust.« — »In zynischer Weise forderte er sie auf, sich ihm hinzugeben. Sie brauche das nicht umsonst zu tun, sie bekomme dafür eine Mark usw. usw.«

Das lesen jetzt die Kinder in allen deutschen Städten auf der Straße, und damit verdient Julius Streicher, Hitlers Busenfreund, Millionen.

Arzt und Krankenkasse im Dritten Reich

In der »Münchener Medizinischen Wochenschrift« (Nr. 3, Jahrgang 1935) behandelt ein Nazi-Arzt, Dr. med. Karl Hädenkamp, das jetzige Verhältnis von Arzt und Krankenkasse im Dritten Reich. Hören wir, was er ganz allgemein da schreibt:

»Aber auch die Denkweise des Arztes gegenüber der Berechtigung und Notwendigkeit eines ausreichenden Versicherungsschutzes mußte sich im nationalsozialistischen Deutschland ändern und hat sich geändert. Die Abwehrhaltung, die der Arzt in der weiter zurückliegenden Vergangenheit einnahm, war — das kann nicht geleugnet werden — vielfach von einer stark individualistischen Einstellung bestimmt. Der Gemeinschaftsgeist, von dem die Mitwirkung an den Aufgaben der sozialen Versicherung getragen sein muß, war lange Zeit nicht genügend entwickelt, obwohl er sich im Laufe der Jahre immer glücklicher herausbildete. Es gab eine Zeit lang Ärzte, die bereit waren, die gesamte Krankenversicherung zu opfern, nur um die ärztliche Berufsfreiheit zu erhalten oder wiederherzustellen. Heute wissen wir, daß berufliche Freiheit und soziale Bindung so miteinander in Einklang zu bringen sind, daß die opferwillige Dienstbereitschaft des ganzen Standes mit der Selbständigkeit des einzelnen vereinigt werden kann. Es entspricht den Grundsätzen nationalsozialistischer Weltanschauung, daß der Individualismus des Arztes zurückgedrängt wurde zugunsten seiner ernsten und edlen Verpflichtung gegenüber der Nation und namentlich gegenüber der besonders schutzbedürftigen, wirtschaftlich schwachen versicherten Bevölkerung.«

Der wackere Pg. Dr. med. Hädenkamp hat nur leider verschwiegen, daß die Anführer der verschiedenen Aertzestreiks, die Deutsch-

land nach 1918 erlebt hatte und die sich gegen das Prinzip der Sozialversicherung überhaupt wandten, gerade von solchen mittelständlerischen Repräsentanten des Aertzberufes angeführt wurden, die am allerersten dann später in die Reihen der alten Kämpen Hitlers einrückten — und er selbst gehörte dazu! Total verschwiegen ist auch Pg. Hädenkamp gegenüber der Tatsache, daß gerade die Nazipresse am stärksten den jahrelangen dummen Verleumdungskrieg der Mittelständler gegen die Versicherungssucht der Krankenkassen gefördert hat; da war kein Krankenkassenneubau, bei dem nicht die Treppenaufgänge, die Holzverschalungen dazu erhalten mußten, die übelsten Instinkte der unsocialistischen Waffen gegen die »Bonzenwirtschaft« zu wecken. Und wir erinnern uns noch deutlich der Entstehung des größten Naziblattes im Westen, des »Westdeutschen Beobachters«, dessen Verlag es prinzipiell ablehnte, die fälligen Kassenbeiträge für sein Personal an die zuständige Ortskrankenkasse abzuführen, bis die Strafbehörde dem ein Ende machte.

Was nun die Aerzte anbelangt —? Tragödie der deutschen Demokratie und der deutschen politischen Reife! Hier, in Hädenkamps Artikel, wird es ihnen deutlich genug unter die Nase gerieben, daß bei ihnen die Regierungskunst des Knüppels bewirkte, was Vernunft, Ueberlegung und Freiheit der Entscheidung nicht vermochten. Was für die deutschen Aerzte gilt, gilt — leider — für mindestens fünfunddreißig Millionen noch anderer Deutscher....